

Georgios Stamatis

Unreproduktive Arbeiten, Staatsausgaben, gesellschaftliche Reproduktion und Profitabilität des Kapitals

I

Im Rahmen der marxistischen Staatstheoriediskussion wurde auch die Frage nach dem Einfluß der sog. „unreproduktiven“ Ausgaben sowie der Staatsausgaben auf den Verwertungsgrad des Kapitals diskutiert (1). Der Grund dafür, daß die Behandlung dieser Frage nicht zu deren Klärung beitragen konnte, liegt darin, daß man die Funktionen der sog. „unproduktiven“ Ausgaben sowie der Staatsausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitals hat nicht herausarbeiten können. Was diese Funktionen betrifft, blieb man noch keynesianischen Vorstellungen verhaftet. Die keynesianische Theorie interessiert sich ausschließlich für die Wirkungen der Staatsausgaben auf die Gesamtnachfrage, die Beschäftigung und das Volkseinkommen, d. h. für die Funktionen dieser Ausgaben im Zirkulationsprozeß des Kapitals. Die Funktionen der Staatsausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitals sind für sie, sofern sie ihr, was im allgemeinen der Fall ist, nicht gänzlich unbekannt sind, jedoch uninteressant und ohne besondere Bedeutung.

Dies zeigt sich schon bei ihrer Klassifizierung der Staatsausgaben. Diese werden nur nach ihren Wirkungen auf die Höhe der Nachfrage und des Volkseinkommens klassifiziert. So wird nur zwischen „Ausgaben für Güter und Leistungen“ einerseits und Transferzahlungen und Subventionen andererseits unterschieden, weil die Nachfrage- und Einkommenswirkungen dieser zwei Arten von Staatsausgaben unterschiedlich groß sind. Die Unterteilung der „Ausgaben für Güter und Dienste“ in Investitions- und Konsumausgaben des Staates, die einen rudimentären Bezug auf die Funktionen der Staatsausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitals herstellt, ist für die keynesianische Theorie, da die Nachfragewirkungen beider Ausgabenarten gleich groß sind, fast in jeder Hinsicht ohne Bedeutung.

Zwar affiziert eine Änderung der Investitionsausgaben des Staates, im Gegensatz zu einer Änderung der Konsumausgaben des Staates, nicht nur die Nachfrage, sondern auch – wenngleich nicht in der gleichen Weise wie eine Änderung der privaten Investitionsausgaben – die gesellschaftlichen Produktionskapazitäten. Dieser sog. Kapazitätseffekt der staatlichen (sowie der privaten) Investitionen bleibt aber im Rahmen der keynesianischen Theorie unberücksichtigt. Dies ist nicht – wie meistens gelehrt wird – Folge des Umstandes, daß die keynesianische Theorie eine Theorie der kurzen Periode sei, sondern vielmehr Folge der Tatsache, daß ihr die Bedeutung

1 Zum gegenwärtigen Stand der Diskussion vgl. Heide Gerstenberger, Zur Theorie des bürgerlichen Staates. Der gegenwärtige Stand der Debatte, in: Handbuch 5: Staat, hrsg. von V. Brandes u. a., Frankfurt a. M. 1977, insbesondere S. 35 ff.

der einzelnen Ausgabenarten für den Reproduktionsprozeß des Kapitals gleichgültig und im allgemeinen unbekannt sind und daß sie selbst dann, wenn ihr einige Funktionen bestimmter Ausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitals nicht unbekannt sind (so z. B. der Kapazitätseffekt der Investitionen), die Untersuchung dieser Funktionen aus der Analyse ausklammert und sich auf die Untersuchung der Funktionen derselben Ausgaben im Zirkulationsprozeß des Kapitals beschränkt, weshalb sie dann im Hinblick auf die Analyse des Produktionsprozesses des Kapitals als eine Theorie der kurzen Periode erscheinen muß. Was jedoch die Untersuchung der Funktionen der Ausgaben im Zirkulationsprozeß des Kapitals betrifft, so ist sie keine Theorie der kurzen Periode, interessiert sie sich doch um die Nachfrage- und Einkommenswirkungen der Ausgaben nicht nur in der nächsten, sondern in allen der Ausgabenänderung folgenden Perioden.

In der keynesianischen Theorie kommt also der Produktion eine ähnliche Bedeutung zu wie in einem vornehmen Haus der Küche: man weiß zu würdigen, was aus diesem Ort kommt, interessiert sich aber nicht dafür, wie es dort bei der Herstellung des Gewürdigten zugeht. Dies zeigt sich am klarsten an der keynesianischen Vorstellung, der Staat könne eine Krise, die durch Arbeitslosigkeit und unausgelastete Kapazitäten charakterisiert ist, dadurch überwinden, daß er seine Ausgaben in einem Maße erhöht, das erforderlich ist, damit die Nachfragelücke geschlossen werden kann. Dabei sei im Prinzip gleichgültig, welche Ausgaben der Staat erhöht, also welche Funktionen den zusätzlichen Ausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitals zukommen: Er könne damit Löcher ausheben und wieder zuschütten bzw. Pyramiden bauen oder aber die Infrastruktur ausbauen lassen, beides helfe genauso gut, die Krise zu überwinden.

Eine gewisse Vorliebe der keynesianischen Theorie für konsumtive Staatsausgaben bzw. für staatliche Maßnahmen, die den privaten Konsum anheben sollen, scheint jedoch, abstrakt betrachtet, gegen die eben behauptete Gleichgültigkeit dieser Theorie gegenüber den Funktionen der einzelnen Arten von Ausgaben im Prozeß der Kapitalreproduktion zu sprechen. Dem ist es aber nicht so, denn diese Vorliebe beruht zwar auf der Überlegung, daß die konsumtiven Ausgaben die Nachfrage erhöhen, ohne, wie die Investitionsausgaben, auch die Kapazitäten, das Angebot und damit die zu schließende Nachfragelücke zu erweitern; die in dieser Überlegung implizierte Berücksichtigung bestimmter Auswirkungen der Staatsausgaben bzw. der (durch staatliche Maßnahmen angeregten) privaten Ausgaben auf die Reproduktion des Kapitals erfolgt aber in bornierter Weise. Denn gleichzeitig wird davon ausgegangen, daß der Grund der zu überwindenden Krise, welche sich in Arbeitslosigkeit und in einem niedrigen Auslastungsgrad des Produktionspotentials ausdrückt, ausschließlich in einem globalen Nachfragemangel liegt. Die Krise kann aber durch Vorgänge entstanden sein, die die Reproduktion des Kapitals betreffen, etwa als Folge einer Störung der Kapitalreproduktion, die durch ein übermäßiges Steigen bestimmter Staatsausgaben, wemöglich derjenigen Staatsausgaben, deren Erhöhung die Krise überwinden helfen soll, bedingt ist.

Warum die keynesianischen Vorstellungen über die Funktionen der Staatsausgaben borniert sind, wird noch zu zeigen sein. An dieser Stelle sei jedoch darauf hin-

gewiesen, daß die Vorstellung, wonach der Staat eine sich in Arbeitslosigkeit und Unterauslastung der Kapazitäten manifestierende Krise durch zusätzliche Ausgaben überwinden kann, nicht etwa wegen der Nutzlosigkeit der mit diesen Ausgaben finanzierten Projekte borniert ist. Das Ausgraben und Zuschütten von Löchern und der Pyramidenbau, von denen oben die Rede war, sind lediglich extrem „sinnlose“ Beispiele konsumtiver Staatsausgaben, die trotz ihrer „Sinnlosigkeit“ die Krise überwinden helfen können. So sehr das Ausheben und Zuschütten von Löchern gelegentlich zur Stärkung der Disziplin in der britischen Armee beigetragen haben mag – die keynesianische Theorie plädiert für „sinnvollere“ Staatsausgaben. Schon Keynes sprach sich dafür aus, daß der Staat, obwohl er selbst durch den Bau von Pyramiden die Krisen zu überwinden vermöchte, mit seinen zur Krisenüberwindung zu tätigen Ausgaben „sinnvollere“ Aufgaben finanzieren soll. Ist dem so, so sind auch die in der letzten Zeit von linken und progressiven Ökonomen immer wieder geäußerten Ansichten, nach denen der Staat zur Überwindung der Krise beitragen kann und soll, indem er die Massenkaufkraft erhöht, aus dem Grund, daß die Ausgaben zur Stärkung des Massenkonsums „sinnvoller“ oder arbeiterfreundlich sind, wohl kaum als weniger borniert anzusehen.

Die keynesianische Theorie hat aber, schon bevor linke Ökonomen solche konstruktiven Vorschläge zur Überwindung der Krise machten, ihren Einzug in die linke und die marxistische Theorie gehalten. Sie schrieb Brecht am 13.8.1942 in sein Arbeitsjournal: „dr. pollock, der ökonom des instituts für sozialforschung (ehemals frankfurt nunmehr hollywood), ist der überzeugung, der kapitalismus könne sich durchaus krisenfrei machen. marx konnte nicht vorhersehen, daß die regierung eines tages einfach straßen bauen könnte! eisler und ich, etwas erschöpft durch den strich, werden leicht ungeduldig und ‚setzen uns ins unrecht‘, in ermangelung einer anderen sitzgelegenheit“. Wie wir noch sehen werden, sind auch manche Ansätze marxistischer Autoren zur Erklärung von Entwicklungstendenzen im Spätkapitalismus eindeutig keynesianischer Provenienz.

Ein wichtiges Resultat der im Rahmen der Staatstheoriediskussion erfolgten Analyse der Funktionen der Staatsausgaben besteht in der teilweisen Loslösung von den keynesianischen Vorstellungen (2).

Indes ist die Loslösung noch keine Überwindung. Die keynesianische Borniertheit können wir erst dann überwinden, wenn wir zu einer mehr oder weniger geschlossenen Theorie der Funktionen der Staatsausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitalverhältnisses in seiner Totalität gelangt sind. Der vorliegende Beitrag versteht sich als ein Versuch, einen Schritt in dieser Richtung zu tun.

Im folgenden wird versucht, einen Ansatz zur Darstellung erstens der Funktionen der sog. „unproduktiven“ sowie der Staatsausgaben im Produktionsprozeß des Kapitalverhältnisses in seiner Totalität und zweitens der Wirkungen einer steigenden Tendenz dieser Ausgaben auf die Reproduktion des Kapitals auf der Ebene des rea-

2 Siehe vor allem Mario Cogoy, Werttheorie und Staatsausgaben, in: Claudia von Braunmühl u. a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt a. M. 1973, S. 129 ff; Rudi Schmiede/David Yaffe, Staatsausgaben und die Marxsche Krisentheorie, in: Handbuch 1: Perspektiven des Kapitalismus, hrsg. von V. Brandes, Frankfurt a. M. 1974, S. 36 ff; Willi Semmler, Private Produktion und öffentlicher Sektor, in: Handbuch 5, a. a. O., S. 277 ff.

len Produktionsprozesses sowie auf die Profitrate zu entwickeln. Der Ansatz bezieht sich auf die Marxsche Theorie und insbesondere auf die Marxschen Kategorien der produktiven bzw. unproduktiven Arbeit und der reproduktiven bzw. unreproduktiven Gebrauchswerte.

Wir beginnen mit einer Analyse der Ausgaben, als deren Summe das gesellschaftliche Wertprodukt dargestellt werden kann, entwickeln die Begriffe der reproduktiven und unreproduktiven Ausgaben und grenzen sie ab sowohl von den Begriffen der produktiven und unproduktiven Ausgaben, die wir aus den Marxschen Begriffen der produktiven und unproduktiven Arbeit ableiten, als auch von den Begriffen der sog. „produktiven“ und „unproduktiven“ Ausgaben, d. h. von den Begriffen der produktiven Ausgaben, wie sie in der marxistischen Ökonomie im allgemeinen gebraucht werden. Auf dieser Basis wird dann eine Darstellung erstens der Funktionen der unreproduktiven sowie der Staatsausgaben im Reproduktionsprozeß des Kapitalverhältnisses und zweitens der Folgen einer steigenden Tendenz dieser Ausgaben für die Reproduktion und den Verwertungsgrad des Kapitals vorgenommen, der dann zum Schluß eine Kritik einiger Ansichten marxistischer Autoren über die Funktionen der unreproduktiven sowie der Staatsausgaben und über die Wirkungen der steigenden Tendenz dieser Ausgaben folgt.

II

In einer Gesellschaft, in der die gesellschaftliche Arbeit (mit Ausnahme der im staatlichen Sektor und der in den „privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“ sowie in den privaten Haushalten angewandten Arbeit) restlos unter das Kapital subsumiert ist, besteht das gesellschaftliche Wertprodukt, von der Ausgabe­seite her betrachtet, aus folgenden vier Posten:

Erstens aus den Ausgaben der *produktiven* Arbeiter (3) für den Kauf von Konsummitteln (Lohnwaren). Da die Arbeiter nicht sparen, sind diese Ausgaben gleich der Summe aus den Ausgaben der Kapitalisten für den Kauf von Arbeitskraft, die in den *kapitalistischen* Produktionsprozeß (zum Zweck der Mehrwertproduktion) eingesetzt wird, dem variablen Kapital (4), und den Transferzahlungen des Staates an die produktiven Arbeiter.

Zweitens aus den Ausgaben der Kapitalisten für den Kauf von Produktionsmitteln zur Erweiterung des Produktionsmittelbestandes des kapitalistischen Sektors. Diese Ausgaben stellen den als konstantes Kapital akkumulierten Teil des jährlichen Gesamtmehrwerts dar. Wir unterstellen in folgendem, daß die Lohnzahlungen an die produktiven Arbeiter in dem Maße erfolgten, wie Lohnwaren produziert und realisiert werden, deswegen dann die jährliche Lohnsumme weder ganz noch zum Teil als variables Kapital vorgeschossen zu werden braucht. Diese Annahme impliziert, daß selbst bei erweiterter Reproduktion kein Teil des Mehrwerts als variables Kapital akkumuliert wird (obwohl dabei die in der Periode an die produktiven Arbeiter ge-

3 „Der Arbeiter ist *produktiv*, der *produktive Arbeit* verrichtet, und die *Arbeit ist produktiv*, die unmittelbar Mehrwert schafft, d. h. Kapital verwertet.“

4 Vorausgesetzt, das variable Kapital schlägt sich in der Periode, für welche das gesellschaftliche Wertprodukt berechnet wird, einmal um.

zahlte Lohnsumme durchaus wachsen kann).

Drittens aus den Konsumausgaben der Kapitalisten.

Darin sind enthalten auch die Ausgaben der Kapitalisten für den Kauf von Arbeitskraft, die nicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß (zum Zweck der Mehrwertproduktion) eingeht, sondern bei der Produktion von Gebrauchswerten (materiellen Gütern oder Diensten, die *keine* Waren, daher auch *keine kapitalistischen* Waren sind) für den unmittelbaren Konsum der betreffenden Kapitalisten verausgabt wird, d. h. die Lohnzahlungen der Kapitalisten an die von ihnen beschäftigten *unproduktiven* Lohnarbeiter (Hausangestellte etc.). Diese Lohnzahlungen sind zwar Teil der Ausgaben der in den Kapitalistenhaushalten beschäftigten Arbeiter für den Kauf von Lohnwaren (5), sie stellen aber einen Teil des Gesamtmehrwerts, nicht des „variablen Kapitals“ dar.

Schließlich *viertens* aus den Ausgaben des Staates.

Die Ausgaben der Kapitalisten für den Kauf von Produktionsmitteln zur Erweiterung des Produktionsmittelbestandes und für den Kauf von Arbeitskraft, die in den kapitalistischen Produktionsprozeß (zum Zweck der Mehrwertproduktion) eingesetzt wird, sind *Kapitalausgaben*. Die Konsumausgaben der Kapitalisten, also auch die von ihnen an ihre Hausangestellten gezahlten Löhne, sind *Revenueausgaben*.

Gemäß unserer Annahme, wonach die jährlich an die Lohnarbeiter des kapitalistischen Sektors gezahlten Löhne weder ganz noch zum Teil zu Beginn der Periode als variables Kapital vorgeschossen werden, bilden die um diese Löhne verminderten Kapital- und Revenueausgaben der Kapitalisten einen Teil des Gesamtmehrwerts. Der restliche Teil des Gesamtmehrwerts besteht aus den Staatsausgaben.

Der Gesamtmehrwert spaltet sich also auf in:

- (1) akkumuliertes konstantes Kapital,
- (2) Kapitalistenkonsum und
- (3) Staatsausgaben.

Der Einfachheit halber unterstellen wir, daß kein Teil der Staatsausgaben durch Kredite finanziert wird. Die (Netto-) Staatseinnahmen (und somit auch die Staatsausgaben) sind gleich der Summe aus den von den Kapitalisten und den Arbeitern des nichtstaatlichen Sektors an den Staat entrichteten Steuern, Abgaben, Beiträgen etc. (im folgenden kurz „Steuern“ genannt) abzüglich der Summe aus den vom Staat an die Kapitalisten gezahlten Subventionen und den an die Lohnarbeiter des *nichtstaatlichen* Sektors geleisteten Transferzahlungen (6). Demzufolge sind die Subventionen bereits in der Summe aus den Posten (1) und (2) des Gesamtmehrwerts enthalten. Entsprechend sind auch die Transferzahlungen an die Lohnarbeiter des nichtstaatlichen Sektors mit Ausnahme ihres Teils, der an die *unproduktiven* Arbeiter des *nichtstaatlichen* Sektors (Hausangestellte etc.) gezahlt worden ist, in den Ausgaben der produktiven Arbeiter für Konsummittel enthalten.

5 Der restliche Teil der Ausgaben der in den Kapitalistenhaushalten beschäftigten Arbeiter für den Kauf von Lohnwaren besteht aus den Transferzahlungen des Staates an diese Arbeiter.

6 Das sind die Transferzahlungen an die von den Kapitalisten beschäftigten Hausangestellten und die von den „privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“ beschäftigten Arbeiter.

Die Ausgaben der (unproduktiven) Arbeiter des staatlichen Sektors für Lohnwaren (= Lohnsumme plus Transferzahlungen) sind im Posten (3) des Gesamtmehrwerts, in den Staatsausgaben, enthalten (7).

Die Begriffe: produktiv und unproduktiv wurden hier im Marxschen Sinne angewandt. Danach sind Ausgaben zum Kauf von Waren, bei deren Produktion produktive, also unter das Kapital subsumierte Arbeit angewandt wurde (kapitalistische Waren), sowie Ausgaben zum Kauf von Arbeitskraft, die in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingesetzt, d. h. produktiv verausgabt wird, produktive Ausgaben; Ausgaben zum Kauf von Gebrauchswerten, die keine oder keine kapitalistischen Waren sind, sowie Ausgaben zum Kauf von Arbeitskraft, die nicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß (zum Zweck der Mehrwertproduktion) eingesetzt und daher auch nicht produktiv verausgabt wird, sind dagegen unproduktive Ausgaben.

Die Begriffe produktiv und unproduktiv werden jedoch in der marxistischen Literatur nicht ausschließlich im Marxschen Sinne angewandt. So werden von den marxistischen Ökonomen die Revenueausgaben der Kapitalisten „unproduktiv“ genannt, obwohl sie Marx zufolge (mit Ausnahme der Lohnzahlungen der Kapitalisten an ihre Privatangestellten) produktive Ausgaben sind, weil sie zum Kauf von kapitalistischen Waren, von Waren also, zu deren Produktion produktive Arbeit angewandt wurde, getätigt werden. Als „unproduktiv“ pflegt man in der marxistischen Literatur auch (Kapital-) Ausgaben für Produktionsmittel und Arbeitskraft zu bezeichnen, die in Produktionsprozesse eingehen, in denen Waren produziert werden (z. B. Luxuswaren), die keine Produktionsmittel und auch keine Lohnwaren sind.

Offenbar sind auch diese Ausgaben, Marx zufolge, produktive Ausgaben, weil sie für den Kauf von kapitalistischen Waren (Produktionsmittel) und von Arbeitskraft, die in den kapitalistischen Produktionsprozeß (zum Zweck der Mehrwertproduktion) eingesetzt, also produktiv verausgabt wird, getätigt werden.

Andererseits pflegt man Ausgaben für den Kauf von Arbeitskraft, die nicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingeht, z. B. die in den Bildungsausgaben des Staates enthaltenen Personalausgaben, als „produktiv“ zu bezeichnen.

Indes ist die Verwirrung, die mittlerweile über die Bedeutung der Begriffe: produktive und unproduktive Ausgaben, wie sie in der marxistischen Literatur gebraucht werden, nicht in erster Linie aufgrund der falschen Anwendung dieser Begriffe, sondern vor allem dadurch entstanden, daß die marxistischen Autoren, die diese Begriffe falsch anwenden, sich doch nicht dazu entschließen können, sie nicht auch in ihrer Marxschen Bedeutung zu gebrauchen.

Welche Ausgabearten meinen aber die marxistischen Autoren, wenn sie diese

7 An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß wir bei der obigen Darstellung des gesellschaftlichen Wertprodukts, entgegen der üblichen Praxis, den fiktiven „Wert“ von Arbeitsprodukten, die keine oder keine kapitalistischen Waren sind, nicht als Bestandteil des gesellschaftlichen Wertprodukts betrachten. So wurden die Summe aus den Lohnzahlungen der Kapitalisten und den Transferzahlungen des Staates an die Hausangestellten oder – alternativ – die Ausgaben der Hausangestellten, nicht aber – wie üblich – auch der fiktive „Wert“ der Dienste dieser Angestellten, der für gewöhnlich als dem Lohn dieser Angestellten gleich angenommen wird, dem gesellschaftlichen Wertprodukt zugerechnet. Im Rahmen unseres Konzeptes kann man also seine Köchin (oder seinen Chauffeur) heiraten, ohne zu befürchten, daß dadurch das Volkseinkommen sinkt.

Begriffe nicht im Marxschen Sinne gebrauchen?

Mit „produktiven“ bzw. „unproduktiven“ Ausgaben meinen sie in Wirklichkeit die reproduktiven bzw. die unreproduktiven Ausgaben. Reproduktive (unreproduktive) Ausgaben sind Ausgaben für reproduktive (unreproduktive) Gebrauchswerte. Reproduktiv sind alle Gebrauchswerte, die von neuem in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, als dessen Bestandteil wir auch die Reproduktion der Arbeitskraft betrachten wollen, eingehen und sich dort, wenngleich nicht in derselben stofflichen Gestalt, erneut reproduzieren, d. h. alle Gebrauchswerte, die *reproduktiv konsumiert* werden (8). Offensichtlich sind das ausschließlich Produktionsmittel und Lohnwaren. In den reproduktiven Gebrauchswerten, soweit sie Produktionsmittel sind, reproduzieren sich die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion, soweit sie Lohnwaren sind, die Reproduktionsbedingungen des subjektiven Faktors der gesellschaftlichen Produktion, der Arbeitskraft.

Da die Produktionsmittel und die Lohnwaren, diese direkt, jene indirekt, in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehen, können wir die reproduktiven Gebrauchswerte als die Gebrauchswerte definieren, die direkt oder indirekt in die Reproduktion des subjektiven Faktors des gesellschaftlichen Produktionsprozesses eingehen. Unreproduktiv sind dagegen die Gebrauchswerte, die nicht erneut in den Produktionsprozeß eingehen. Sie werden außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses, also unreproduktiv, konsumiert. Da sie sich im Prozeß ihrer Konsumtion weder in derselben noch in einer anderen stofflichen Form reproduzieren, reproduzieren sich in ihnen keine Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion: Sie sind also weder Produktionsmittel noch Lohnwaren.

Indes stellen nicht alle Produktionsmittel und Lohnwaren im gleichen Sinne reproduktive Gebrauchswerte dar. Ein Teil von ihnen dient der Reproduktion von Bereichen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, in denen unreproduktive Gebrauchswerte produziert werden. Zwar werden diese Produktionsmittel und Lohnwaren reproduktiv konsumiert, sie reproduzieren sich aber in der stofflichen Gestalt von unreproduktiven Gebrauchswerten, von Gebrauchswerten also, die, weil sie nicht der Reproduktion von Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses dienen und daher auch nicht erneut in diesen Prozeß eingehen, sich nicht selbst reproduzieren können, oder in der Form von Arbeitskraft, die bei der Produktion unreproduktiver Gebrauchswerte verausgabt wird. Im *Endeffekt* reproduzieren sich diese Produktionsmittel und Lohnwaren nicht, denn die Gebrauchswerte, in denen sie sich reproduzieren, sind unreproduktiv. Andererseits würden sie sich aber in der gleichen Weise, wie die übrigen Produktionsmittel und Lohnwaren reproduzieren können, gingen sie ein, wie diese in den Produktionsprozeß von reproduktiven Gebrauchswerten bzw. in die Reproduktion von Arbeitskraft, die bei der Produktion von reproduktiven Gebrauchswerten verausgabt wird (9). Wir nennen daher die Produktionsmittel und Lohnwaren, die – die ersten direkt, die zweiten indirekt, über die durch sie reproduzierte Arbeitskraft – in die Produktion von unreproduktiven

8 Vgl. K. Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 71.

9 Vgl. ebenda

Gebrauchswerten eingehen, *potentiell reproduktive* Gebrauchswerte.

Danach sind (Kapital-) Ausgaben zum Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft, die in die Produktion unreproduktiver Gebrauchswerte eingehen, potentiell reproduktive Ausgaben. Zum einen sind sie, weil sie Kapitalausgaben, also Ausgaben für reproduktive Gebrauchswerte (Produktionsmittel und Lohnwaren) sind, reproduktive Ausgaben, zum anderen stellen sie jedoch, weil sie Ausgaben für Produktionsmittel und Lohnwaren sind, welche in die Produktion unreproduktiver Artikel eingehen, nur potentiell reproduktive Ausgaben dar.

Durch die Verwandlung eines Teils der jährlichen Kapitalausgaben in Produktionsmittel und Arbeitskraft (bzw. Lohnwaren), die in die Produktion von unreproduktiven Waren eingehen, wird *potentiell reproduktives* Kapital gebildet und spaltet sich die gesellschaftliche Produktion in zwei Sektoren, den reproduktiven und den unreproduktiven Sektor.

Im ersten dieser Sektoren werden Produktionsmittel und Lohnwaren, im zweiten Gebrauchswerte, die weder als Produktionsmittel noch als Lohnwaren Verwendung finden, hergestellt. Die in den Produktionsprozeß des unreproduktiven Sektors eingehenden Produktionsmittel und Lohnwaren werden im reproduktiven Sektor produziert. (Wir sehen dabei vom unbedeutenden Fall der sog. „sich selbst reproduzierenden Nichtbasisprodukte“ bzw. Sektoren ab) (10).

Dies besagt, daß die Produktionsbedingungen des unreproduktiven Sektors im reproduktiven Sektor produziert werden, wodurch ein Teil der Produktion dieses letzten Sektors sich in potentiell reproduktive Gebrauchswerte verwandelt. Durch die Entstehung des unreproduktiven Sektors spaltet sich schließlich auch die gesellschaftliche Arbeitskraft in reproduktiv und nicht reproduktiv verausgabte Arbeitskraft, und die gesellschaftliche Arbeit in reproduktive und unreproduktive Arbeit.

Der Begriff des reproduktiven bzw. unreproduktiven Gebrauchswerts ist von Marx in den „Resultaten“ herausgearbeitet und vom Begriff der kapitalistischen Ware (der Ware, bei deren Produktion produktive Arbeit angewandt wurde) bzw. der einfachen Ware (der Ware, bei deren Produktion unproduktive Arbeit angewandt wurde) oder des bloßen Gebrauchswerts abgegrenzt worden (11).

Indes unterschied Ricardo schon bei der Untersuchung der Faktoren, welche den „Wert der Arbeit“ bestimmen, zwischen Waren, die weder direkt noch indirekt in den Konsum der Arbeiter eingehen, worunter er hauptsächlich die Luxusgüter verstand, und Waren, die direkt (Lohnwaren) oder indirekt (Produktionsmittel) in den Konsum der Arbeiter eingehen.

Diese Unterscheidung ist auch für die Neoricardianer immer von einer gewissen Bedeutung gewesen. Ein Neoricardianer, P. Sraffa, war es denn auch, der für diese Warenarten die Begriffe Basis- und Nichtbasisprodukte prägte. Unter Basiswaren versteht Sraffa die Waren, die direkt oder indirekt in die Produktion aller Waren, einschließlich ihrer eigenen, eingehen. Offenbar ist das bei einer bestimmten Ware dann der Fall, wenn sie direkt (als Lohnware) oder indirekt (als Produktionsmittel, das direkt oder indirekt in die Lohnwarenproduktion eingeht) in die Reproduktion der

10 Vgl. dazu Piero Sraffa, Warenproduktion mittels Waren, Anhang B

11 Vgl. K. Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 64 - 74

Arbeitskraft eingeht, denn die Arbeitskraft ist die einzige Ware, die in die Produktion aller Waren eingeht: direkt *und* indirekt in die aller übrigen Waren, indirekt (aber auch direkt) in die eigene.

Unter Nichtbasisproduktion versteht Sraffa die Waren, die weder direkt noch indirekt in die Produktion aller Waren eingehen. Offenbar ist das bei einer bestimmten Ware dann der Fall, wenn sie weder direkt noch indirekt in die Reproduktion der Arbeitskraft eingeht. Basisprodukte sind also reproduktive, Nichtbasisprodukte unreproduktive Gebrauchswerte; und umgekehrt sind reproduktive Gebrauchswerte Basisprodukte, unreproduktive Gebrauchswerte Nichtbasisprodukte.

Die bei der Produktion eines bestimmten Gebrauchswertes angewandte Arbeit ist, je nachdem, ob sie dem Kapital subsumiert ist oder nicht, produktive oder unproduktive Arbeit, und zwar unabhängig davon, ob es sich beim Gebrauchswert, zu dessen Produktion sie angewandt wurde, um einen reproduktiven oder um einen unreproduktiven Gebrauchswert handelt. Danach kann ein unreproduktiver Gebrauchswert eine kapitalistische Ware, d. h. eine Ware zu deren Produktion produktive Arbeit angewandt wurde, und ein reproduktiver Gebrauchswert eine einfache, d. h. eine Ware, zu deren Produktion unproduktive Arbeit angewandt wurde, oder aber gar keine Ware sein.

So ist Weizen, der von einem selbständigen, landbesitzenden, keine fremde Arbeitskraft anwendenden Bauern produziert wurde, ein reproduktiver Gebrauchswert, jedoch keine kapitalistische Ware, sondern stellt, sofern er verkauft wird, eine einfache, sofern er in den Konsum seines Produzenten eingeht, gar keine Ware dar. Die zu seiner Produktion angewandte Arbeit ist reproduktive, aber deswegen nicht auch produktive, sondern unproduktive Arbeit.

Umgekehrt ist das in einem kapitalistischen Betrieb gezüchtete Reitpferd eine unreproduktive und zugleich kapitalistische Ware, d. h. eine Ware zu deren Produktion unreproduktive und zugleich produktive Arbeit angewandt wurde.

Schließlich gibt es reproduktive Waren, zu deren Produktion produktive Arbeit angewandt wurde (das sind die kapitalistisch produzierten Produktionsmittel und Lohnwaren), und unreproduktive Gebrauchswerte bzw. Waren, zu deren Produktion unproduktive Arbeit angewandt wurde, wie z. B. die Dienste von Privatangestellten und die Luxuswaren einfacher (nichtkapitalistischer) Produzenten.

Eine reproduktive Ware kann, ebenso wie eine unreproduktive, kapitalistische oder einfache Ware sein, und die zur Produktion einer reproduktiven Ware angewandte (unreproduktive) Arbeit, produktive oder unreproduktive Arbeit sein. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn reproduktiv oder unreproduktiv zu sein ist eine Bestimmung, die den stofflichen Inhalt der Arbeit betrifft und die daher der *konkreten* Arbeit und deren Produkt, dem Gebrauchswert, zukommt, produktiv oder unproduktiv zu sein ist dagegen eine Bestimmung, die die Produktionsweise betrifft, unter deren Bedingungen die Arbeit angewandt wird, und die daher der *abstrakten* Arbeit und (in der Form der Bestimmung kapitalistische oder einfache Ware zu sein) deren Produkt, der Ware, zukommt.

Schließlich können auch die Ausgaben unabhängig davon, ob sie reproduktiv oder unreproduktiv sind, produktive oder unproduktive Ausgaben sein. So sind hier

die Kapitalausgaben, da annahmegemäß alle Produktionsmittel und Lohnwaren unter kapitalistischen Bedingungen produziert werden, produktive Ausgaben. Zugleich sind sie in voller Höhe reproduktive Ausgaben, zum Teil jedoch nur potentiell reproduktive Ausgaben. Genau das gleiche gilt auch für die Ausgaben der produktiven Lohnarbeiter zum Kauf von Lohnwaren (12).

Die Revenueausgaben der Kapitalisten dagegen sind in voller Höhe unreproduktive, jedoch nur zum Teil unproduktive Ausgaben. Soweit sie zum Kauf kapitalistisch produzierter Waren getätigt worden sind, stellen sie produktive, soweit sie aus Lohnzahlungen an Hausangestellte oder aus Ausgaben zum Kauf von nicht kapitalistisch produzierten Waren (z. B. Leistungen von „privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“) bestehen, stellen sie unproduktive Ausgaben dar.

Die Ausgaben der Hausangestellten für Lohnwaren, bestehend aus Löhnen und Transferzahlungen, sind produktive (12) und zugleich unproduktive Ausgaben.

Die Ausgaben der in privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter tätigen Lohnarbeiter sind produktive, (12) und je nachdem, ob und in welchem Maße die von ihnen produzierten Gebrauchswerte reproduktive oder unreproduktive Gebrauchswerte sind, reproduktive oder unproduktive Ausgaben. Das gleiche gilt auch für die (hier bei der Bestimmung des gesellschaftlichen Wertprodukts als Teil der Staatsausgaben behandelten) Ausgaben der im staatlichen Sektor Beschäftigten.

Die Ausgaben des Staates setzen sich zusammen aus Ausgaben für reproduktive und aus solchen für unreproduktive Gebrauchswerte.

Zur ersten Ausgabenkategorie gehören die Ausgaben für Gesundheit, Infrastruktur, ein Teil der Bildungsausgaben u. ä., zur zweiten die Militärausgaben, die Ausgaben für große Teile der Verwaltung u. ä.. Ausgaben der ersten Art werden von den marxistischen Autoren „produktiv“, solche der zweiten „unproduktiv“ genannt. Ein großer Teil der Staatsausgaben, in erster Linie die Personalausgaben, sind, unabhängig davon, ob sie reproduktiv oder nichtreproduktiv sind, unproduktive Ausgaben, weil sie zum Kauf von Arbeitskraft getätigt werden, die zur Bereitstellung von Diensten eingesetzt wird, welche keine Waren darstellen. Sofern einige dieser Dienste vom Staat an Private gegen Entgelt verkauft werden, sind sie zwar Waren, jedoch, da sie nicht zum Zweck der Mehrwertproduktion bereitgestellt werden, *einfache* nicht kapitalistische Waren. Der Rest der Staatsausgaben, der zum Kauf von kapitalistisch produzierten Waren getätigt wird, besteht aber aus produktiven Ausgaben.

Aus dem Entwickelten geht hervor, daß die sog. „unproduktiven“ Kapitalausgaben und die lebendige Arbeit, welche sie in Bewegung setzten, keineswegs als unproduktiv bezeichnet werden können. Schon der Umstand, daß sie *Kapitalausgaben* sind, also Ausgaben, die zum Zweck der Mehrwertproduktion getätigt werden, schließt diese Bezeichnung strikt aus. Der Terminus „unproduktive Kapitalausgaben“ ist ein Widerspruch in sich, denn die Kapitalausgaben sind die produktiven Ausgaben par excellence, so wie die kapitalistische Klasse „die produktive Klasse par excellence“ (13) ist.

12 Kaufen sie jedoch auch Leistungen vom Staat oder von „privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter“, so sind die entsprechenden Ausgaben unproduktiv.

13 K. Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 74

Ähnliches gilt auch für die Konsumausgaben der Kapitalisten sowie für die sog. „unproduktiven“ Staatsausgaben: Diese Ausgaben sind nur dann als unproduktiv zu bezeichnen, wenn und sofern sie zum Kauf von Gebrauchswerten, die keine kapitalistischen Waren sind, oder von Arbeitskraft, die nicht in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingesetzt wird, getätigt werden. So stellen, wie bereits dargelegt, die Lohnzahlungen der Kapitalisten an ihre Hausangestellten und die Personalausgaben des Staates in der Tat unproduktive Ausgaben dar.

Bei der Gewohnheit vieler marxistischer Ökonomen, die Ausgaben für unreproduktive Gebrauchswerte sowie die zur Produktion dieser Gebrauchswerte angewandte Arbeit als „unproduktiv“ zu bezeichnen, handelt es sich um das, was Marx „die Sucht, die *produktive* und *unproduktive* Arbeit durch ihren *stofflichen* Inhalt zu bestimmen“ (14), nennt.

Sie „rührt“ – nach den Worten von Marx – „aus drei Quellen her.

- 1) Die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliche, und aus ihrem Wesen entspringende fetischistische Anschauung, welche *ökonomische* Formbestimmtheiten, wie *Ware* zu sein, *produktive* Arbeit zu sein etc. als den stofflichen Trägern dieser Formbestimmtheiten oder Kategorien an und für sich zukommende Eigenschaften betrachtet.
- 2) Daß den Arbeitsprozeß als solchen betrachtet, die Arbeit nur *produktiv* ist, die in einem Produkt (materiellen Produkt, da es sich hier nur um materiellen Reichtum handelt) resultiert.
- 3) Daß im wirklichen Reproduktionsprozeß – seine *realen* Momente betrachtet, ein großer Unterschied mit Bezug auf die Bildung etc. des Reichtums zwischen der Arbeit, die sich in unproduktiven Artikeln, und anderer, die sich in bloßen luxuries darstellt.“ (15)

Aus denselben drei Quellen rührt auch die Verwirrung, die heute unter den meisten marxistischen Ökonomen hinsichtlich der Bestimmung und der analytischen Anwendung der Marxschen Begriffe der produktiven und der unproduktiven Arbeit herrscht und die sich darin ausdrückt, daß man diese Begriffe in ihrem Marx'schen Sinne begriffen wissen will, sie jedoch auch zur Bezeichnung der zur Produktion von reproduktiven und unreproduktiven Gebrauchswerten angewandten Arbeit anwendet. Bei dem, was man dabei „produktive“ bzw. „unproduktive“ Arbeit nennt, handelt es sich um Arbeit, die sich in reproduktiven bzw. unreproduktiven Gebrauchswerten vergegenständlicht und die in jedem der beiden Fälle produktive oder unproduktive Arbeit sein kann. Ähnliches gilt auch für das, was man als „produktive“ bzw. „unproduktive“ Ausgaben bezeichnet. Auch hier handelt es sich meistens um Ausgaben für reproduktive bzw. unreproduktive Gebrauchswerte, die im konkreten Fall produktiv oder unproduktive Ausgaben sein können.

Cogoy, der die Marx'schen Begriffe der produktiven bzw. unproduktiven und der reproduktiven bzw. unreproduktiven Arbeit richtig rezipiert, vermag am Ende doch nicht zu begreifen, daß unreproduktive Arbeit produktive Arbeit sein kann, und bezeichnet daher nur die Arbeit als „produktive“ Arbeit, die bei der Produktion

14 Ebenda, S. 72

15 Ebenda

von kapitalistischen und zugleich reproduktiven Waren angewandt wird; die bei der Produktion aller übrigen Waren angewandte Arbeit nennt er „unproduktive“ Arbeit (16). Damit bestimmt er „die produktive und unproduktive Arbeit (auch – G. S.) durch ihren stofflichen Inhalt“ (17), auf den es nur bei der Bestimmung der Begriffe der reproduktiven und der unreproduktiven Arbeit ankommt.

Diese Begriffsbildung zwingt ihn, Gebrauchswerte, zu deren Produktion unproduktive und zugleich reproduktive Arbeit, angewandt wurde, wie Infrastrukturprodukte, mit Gebrauchswerten, zu deren Produktion produktive und zugleich unreproduktive Arbeit angewandt wurde, wie Rüstungsprodukte, in einen Topf zu werfen und beides als eine Art von – wie er sagt – „Luxusgüter“ „im gesellschaftlichen Sinne“ zu betrachten, denn nach seinem Konzept wurde zu ihrer Produktion „unproduktive“ Arbeit angewandt (18).

Zweck der *Kapitalausgaben* der Kapitalisten für nicht reproduktive Gebrauchswerte ist die Sicherung der Realisierung des Mehrwerts. Infolgedessen sind diese Ausgaben notwendige Voraussetzung der Mehrwertsproduktion. Denn, langfristig gesehen, wird Mehrwert produziert, wenn und sofern er realisiert werden kann. Indem nun die Mehrwertsproduktion die Mehrwertsrealisierung voraussetzt, setzt sie auch die Mittel voraus, durch welche diese Voraussetzung geschaffen wird, d. h. die Kapitalausgaben für unreproduktive Gebrauchswerte. Betrachtet man den kapitalistischen Produktionsprozeß in seiner Totalität, als Einheit von Mehrwertsproduktion und Mehrwertsrealisierung, so sind die *Kapitalausgaben* für unreproduktive Gebrauchswerte notwendige Bedingung der Mehrwertsproduktion überhaupt, d. h. der erweiterten Reproduktion des Kapitals und des Kapitalverhältnisses.

Auch die Ausgaben des Staates für unreproduktive Gebrauchswerte sind Mittel zur politischen, rechtlichen, administrativen, kulturellen, ideologischen und nicht zuletzt zur polizeilichen und militärischen Sicherung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses durch den kapitalistischen Staat und gehören daher zu den notwendigen Voraussetzungen der Reproduktion des Gesamtsystems.

Schließlich sind auch die *Revenueausgaben* der Kapitalisten, die ebenfalls Ausgaben für unreproduktive Gebrauchswerte darstellen, Grundvoraussetzung der Reproduktion der kapitalistischen Klasse und daher „eine absolute Notwendigkeit für eine Produktionsweise, die den Reichtum für die Nicht-Produzenten produziert, also ihm notwendige Formen geben muß, worin er von dem bloß genießenden Reichtum aneignbar.“ (19).

Soweit sie auf der Zunahme der Kapitalausgaben sowie der Staatsausgaben für unreproduktive Gebrauchswerte zurückgeht, ist die Zunahme des Anteils der Ausgaben für unreproduktive Gebrauchswerte am gesellschaftlichen Wertprodukt notwendiges Resultat der mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wachsenden Komplexität der Reproduktion des kapitalistischen Gesamtsystems und der

16 Vgl. Mario Cogoy, a.a.O., S. 151 f. Diesen Begriff der „produktiven“ bzw. „unproduktiven“ Arbeit machen sich auch Schmiede und Yaffe zueigen; vgl. a.a.O.

17 K. Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 72

18 Vgl. Mario Cogoy, a.a.O., S. 152. Dagegen wendet sich zu Recht Willi Semmler, der jedoch dabei „Infrastrukturprodukte“ als ebenso unreproduktiv ansieht wie Luxusgüter oder Rüstungsprodukte. Vgl. Willi Semmler, a.a.O., S. 283

19 K. Marx, Resultate . . . , a.a.O., S. 71

daraus im Hinblick auf eben diese Reproduktion resultierenden Schwierigkeiten. Soweit sie dagegen auf eine Zunahme der Revenueausgaben der Kapitalisten zurückgeht, ist sie Ausdruck einer Produktionsweise, in der die von den objektiven Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Lebens getrennten unmittelbaren Produzenten nicht nur Reichtum für die nichtproduzierenden Eigentümer dieser Bedingungen produzieren, sondern ihn in zunehmendem Maße in Formen produzieren müssen, in denen er von der Klasse der Nichtproduzenten konsumierbar ist. *Daraus folgt, daß die unreproduktiven Ausgaben und die unreproduktiven Gebrauchswerte nur vom Standpunkt der Reproduktion der Bedingungen des realen unmittelbaren Produktionsprozesses unreproduktiv sind. Betrachtet man sie dagegen vom Standpunkt der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer konkreten Totalität, so stellen sie Bedingungen und zugleich Resultate, also einen Teil der Reproduktion des kapitalistischen Gesamtsystems dar und sind daher reproduktiv* (20). *Sie sind eine absolute Notwendigkeit des Gesamtsystems.*

Eine weitere Folge der mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wachsenden Schwierigkeiten der Reproduktion des Kapitals auf allen Ebenen seiner Existenz ist die Zunahme des Anteils der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt.

Mit wachsender Komplexität der Reproduktion des Kapitalverhältnisses sind die einzelnen Kapitale immer weniger in der Lage, die Bedingungen dieser Reproduktion zu reproduzieren. Dies wird in zunehmendem Maße zur Aufgabe des kapitalistischen Staates, für deren Wahrnehmung er einen immer größer werdenden Anteil des Wertprodukts erhält. Dabei handelt es sich nicht nur um die Schaffung der Bedingungen für die Realisierung des Mehrwerts oder gar nur um die Schaffung der Bedingungen der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf politischer, administrativer, ideologischer etc. Ebene, sondern auch – und dies in zunehmendem Maße – um die Reproduktion der Bedingungen der Mehrwertproduktion, um die Reproduktion der subjektiven und objektiven Faktoren des realen Produktionsprozesses, der Arbeitskraft und der Produktionsmittel. So muß der kapitalistische Staat außer den Ausgaben für nicht reproduktive Waren, die der Sicherung der Mehrwertrealisierung sowie der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf politischer etc. Ebene dienen, auch Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und neuerdings auch für die Schaffung einer nationalen Energie- und Rohstoffbasis tätigen, um die Reproduktion bestimmter globaler Bedingungen des realen Produktionsprozesses, d. h. der Mehrwertproduktion, zu sichern. Letzteres besagt (und dies sei am Rande bemerkt), daß mit der fortschreitenden Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die kapitalistische Produktion zum Teil, wenn auch unter den Bedingungen des Privateigentums an Produktionsmitteln, auf staatlicher Basis vergesellschaftet wird. Indem sie

20 Selbst der Luxus des einzelnen Kapitalisten stellt unter einem bestimmten Aspekt eine für die Reproduktion seines Kapitals notwendige und daher reproduktive Ausgabe dar: „Auf einer gewissen Entwicklungshöhe wird ein konventioneller Grad von Verschwendung, die zugleich Schaustellung des Reichtums und daher Kreditmittel ist, sogar zu einer Geschäftsnotwendigkeit des ‚unglücklichen‘ Kapitalisten. Der Luxus geht in die Repräsentationskosten des Kapitals ein.“ (K. Marx, Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 620).

also im Zuge ihrer Entwicklung die Vergesellschaftung der Produktion vorantreibt, schafft die kapitalistische Produktionsweise die objektiven Voraussetzungen ihrer Überwindung.

An sich bedarf es keiner besonderen Erklärung, daß ein übermäßiges Ansteigen des Anteils der Ausgaben für unreproduktive Gebrauchswerte am gesellschaftlichen Wertprodukt die Reproduktion der Bedingungen des realen Produktionsprozesses und somit auch die Reproduktion des kapitalistischen Systems in seiner Gesamtheit gefährden kann. Schon Marx war sich dieser Implikation bewußt.

„Ein großer Teil des jährlichen Produkts, das als Revenu verzehrt wird und nicht mehr als Produktionsmitteln von neuem in die Produktion eingeht, besteht aus den fatalsten, die jämmerlichsten Gelüste, fancies usw. befriedigenden Produkten (Gebrauchswert). Dieser Inhalt ist für die Bestimmung der produktiven Arbeit ganz gleichgültig (obgleich natürlich wenn ein unproportionaler Teil so reproduziert würde, statt in Produktionsmittel und Lebensmittel zurückverwandelt zu werden, die von neuem in die Reproduktion, sei es der Waren, sei es der Arbeitsvermögen selbst eingehn – kurz: die produktiv konsumiert werden, – die Entwicklung des Reichtums natürlich einen check erhielte). Diese Sorte produkte Arbeit produziert Gebrauchswerte, vergegenständlicht sich in Produkten, die nur für die unprodukte Konsumtion bestimmt, in ihrer Realität, als Artikel, keinen *Gebrauchswert* für den Reproduktionsprozeß haben (sie können dies nur bekommen durch Stoffwechsel durch Austausch mit reproduktiven Gebrauchswerten; aber das ist nur ein Displacement. Somewhere müssen sie als unreproduktiv konsumiert werden. Andre solcher in den unreproduktiven Konsumtionsprozeß fallenden Artikel könnten nötigenfalls auch wieder als Kapital funktionieren. Das Nähere hierüber gehört in Ch. III Buch II über den Reproduktionsprozeß – Es ist hier nur diese Bemerkung zu antizipieren: Es ist für die gewöhnliche Ökonomie unmöglich über die Schranken der Luxusproduktion, vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion selbst ein vernünftiges Wort zu sagen. Die Sache ergibt sich aber sehr einfach, wenn die Momente des Reproduktionsprozesses ordentlich analysiert werden. Wird der Reproduktionsprozeß gehemmt oder sein Fortschritt, soweit er schon durch den natürlichen Fortschritt der Population bedingt ist, aufgehalten durch unverhältnismäßige Anwendung solcher *produktiven* Arbeit, die in unreproduktiven Artikeln sich darstellt, so ist also zu wenig notwendige Lebensmittel oder zu wenig Produktionsmittel etc. reproduziert worden, so ist der Luxus verdamulich vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion. Im übrigen ist er eine absolute Notwendigkeit für eine Produktionsweise, die den Reichtum für die Nicht-Produzenten produziert, also ihm notwendige Formen geben muß, worin er von dem bloß genießenden Reichtum aneignenbar“ (21)

Was Marx über einen Teil der Produktion von unreproduktiven Gebrauchswerten, die Luxusgüterproduktion, schreibt, gilt auch für die übrigen Teile dieser Produktion: Die Ausdehnung des unreproduktiven zulasten des reproduktiven Sektors kann die Reproduktion des reproduktiven Sektors und damit die Basis für die Reproduktion des Gesamtsystems gefährden.

Andererseits ist die ständige Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben und, soweit sie aus unreproduktiven Ausgaben bestehen, auch der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt notwendige Voraussetzung der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf allen Ebenen seiner Existenz ausschließlich der Ebene der unmittelbaren Produktion.

Es zeigt sich nun, daß die Reproduktion des entwickelten Kapitalverhältnisses in seiner Gesamtheit einen latenten Widerspruch in sich birgt. Seine Reproduktion auf der Realisations- sowie auf der allgemeinen gesellschaftlichen (politischen, recht-

21 K. Marx. Resultate . . . , a.a.O., S. 71

lichen, administrativen etc.) Ebene verlangt ein ständiges Steigen des Anteils der un-reproduktiven Ausgaben. Dies kann aber seine Reproduktion auf der Ebene der realen Produktion (auf dem jeweils erforderlichen Niveau), welche die Grundvoraussetzung für seine Reproduktion auf den beiden erstgenannten Ebenen seiner Existenz ist, ernsthaft gefährden. Denn die Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben ist gleichbedeutend mit einer Ausdehnung des unreproduktiven Sektors im Vergleich zum reproduktiven. Der unreproduktive Sektor reproduziert sich aber nicht selbst, sondern wird vom reproduktiven Sektor reproduziert. Sein Wachstum wird durch das Wachstum des reproduktiven Sektors begrenzt, weil er die Mittel für seine Ausdehnung vom reproduktiven Sektor bezieht. Auf diese Weise liefert der reproduktive Sektor letztlich auch die Mittel für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf der Realisierungs- sowie auf der allgemeinen gesellschaftlichen Ebene. Indes wird das Ausmaß der Ausdehnung des unreproduktiven Sektors durch die Erfordernisse der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf diesen zwei Ebenen, ungeachtet der realen Möglichkeiten des reproduktiven Sektors, eine solche Ausdehnung zu tragen, bestimmt. Daher ist es durchaus möglich, daß diese Reproduktion zeitweilig eine derartige Ausdehnung des unreproduktiven Sektors verlangt, die dann die Reproduktion des reproduktiven Sektors selbst, die Voraussetzung der allgemeinen Reproduktion des Kapitalverhältnisses, auf dem jeweils erforderlichen Level unmöglich macht mit der Folge, daß eine allgemeine Reproduktionskrise ausbricht. Wir meinen, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise in der BRD, um eine solche Reproduktionskrise handelt (vgl. dazu den Aufsatz von Wolfram Laaser in diesem Heft).

Wenn aber das Wachstum der unreproduktiven Ausgaben und des unreproduktiven Sektors in der Weise durch das Wachstum des reproduktiven Sektors begrenzt wird, daß, damit keine Reproduktionskrise ausbricht, beide Ausgabenarten bzw. Sektoren in einem bestimmten Verhältnis wachsen müssen, — wenn dem so ist, so kann man das Phänomen der Zunahme der unreproduktiven Ausgaben nicht bloß mit dem Hinweis auf die entsprechenden Erfordernisse der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf bestimmten Ebenen seiner Existenz erklären. Es müssen noch die Faktoren aufgezeigt werden, die diese Zunahme ermöglichen, ohne daß das System infolge von immer wiederkehrenden Reproduktionskrisen zusammenbricht.

Der erste dieser Faktoren ist die ständige Steigerung der Produktivität der Arbeit. Schon eine erweiterte Reproduktion, in der keine unreproduktiven Gebrauchswerte produziert werden, setzt eine bestimmte Steigerung der Produktivität der Arbeit voraus: Die Arbeiter müssen in der Lage sein, mehr zu produzieren als das, was für ihre eigene Reproduktion sowie für den Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel erforderlich ist. Soll dann, ohne daß dies das Niveau der Reproduktion senkt, ein Teil des gesellschaftlichen Produkts in der Form von unreproduktiven Gebrauchswerten produziert werden, etwa in der Form von Luxuswaren für den Kapitalistenkonsum, so ist eine noch größere Zunahme der Produktivität erforderlich. Entsprechendes gilt schließlich, wenn — bei Einhaltung eines bestimmten Niveaus der erweiterten Reproduktion des reproduktiven und des Luxusgütersektors, außer der Luxusgüterproduktion auch andere Teile des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in der Form von unreproduktiven Artikeln, etwa als Kriegsmaterial, produziert werden.

Eine solche Entwicklung ist nur dann möglich, wenn die Produktivität der Arbeit, vor allem die der im reproduktiven Sektor angewandten Arbeit, entsprechend schnell wächst. In dem Maße also, wie die Arbeitsproduktivität steigt, kann das kapitalistische System einen wachsenden Teil des gesellschaftlichen Produkts in der Form von unreproduktiven Gebrauchswerten produzieren und zugleich einen ebenfalls wachsenden Teil dieses Produkts an den Staat abtreten.

Eine noch größere Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist offensichtlich erforderlich, wenn – wie heute notwendig (22) – bei erweiterter Reproduktion die unreproduktiven sowie die Staatsausgaben nicht nur absolut, sondern auch relativ, im Vergleich zum gesellschaftlichen Wertprodukt, wachsen sollen.

Man sollte aber die Möglichkeit einer ständigen Zunahme dieser Teile des gesellschaftlichen Produkts nicht überschätzen. Denn je größer der Anteil des unreproduktiven, je kleiner also der des reproduktiven Sektors bereits ist, desto größer ist die für eine weitere Ausweitung des unreproduktiven Sektors erforderliche Produktivitätssteigerung. Entsprechendes gilt auch für die Möglichkeit einer weiteren Ausweitung des staatlichen Sektors: Sie ist umso kleiner, je größer bereits der staatliche Sektor ist.

Hinzu kommt noch folgendes: Wenn die Produktivitätssteigerung, entsprechend der nach Marx spezifisch kapitalistischen Form der Produktivitätssteigerung, selbst bei Konstanz der Mehrwerttrate eine Erhöhung der Wertzusammensetzung des Kapitals teils voraussetzt, teils nach sich zieht, so steigt mit der Produktivität und mit der Wertzusammensetzung auch die Akkumulationsquote, das Verhältnis des jährlich als konstantes Kapital akkumulierten Mehrwerts zum gesellschaftlichen Wertprodukt. Offensichtlich begrenzt aber eine ständige Steigerung der Akkumulationsquote die Möglichkeit, die unreproduktiven und die Staatsausgaben zu erhöhen.

Umgekehrt folgt daraus (und das wäre der zweite Faktor der eine Zunahme der Anteile der unreproduktiven sowie der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt ermöglichen könnte), daß der Kapitalismus in dem Maße, wie es ihm gelingt, die Wertzusammensetzung des Kapitals weniger als bisher steigen zu lassen bzw. konstant zu halten oder gar zu senken, ohne dabei die Produktivität der Arbeit langsamer als bisher zu erhöhen, die Anteile der unreproduktiven und der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt steigen lassen kann. Denn in diesem Fall kann die Akkumulationsquote, ohne daß die Produktivität weniger wächst, weniger steigen als bisher bzw. konstant bleiben oder gar fallen. Infolgedessen wird ein Teil des Produktionspotentials, der bislang von der Produktionsmittelproduktion in Anspruch genommen wurde, frei und kann dann durch ein schnelleres Wachstum der Produktion für den Staat oder der Produktion von unreproduktiven Artikeln ausgeschöpft werden.

22 So fordert die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel in ihrem, zu Beginn dieses Jahres der Bundesregierung vorgelegten Gutachten „Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland“ nach einer Phase der Konsolidierung und auf längere Sicht eine Erhöhung der nominalen Staatsausgabenquote.

Vgl. H. Kohn und F. Latzelsberger, Steuerungsprobleme in Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel. Beilage zur Wochenzeitung „das parlament“ vom 7. Mai 1977, S. 9 ff.

Doch handelt es sich bei der eben diskutierten Möglichkeit des kapitalistischen Systems, die Anteile der unreproduktiven und der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt durch Steigerung der Produktivität der Arbeit zu erhöhen, um eine nur abstrakt gegebene Möglichkeit, denn bei ihrer Einschätzung wurde von den periodischen ökonomischen Krisen des Systems, die unter anderem auch diese Möglichkeit entschieden einschränken, abgesehen. Es wird sich noch zeigen, daß diese Möglichkeit bedeutend geringer ist, als sie nach den bisherigen Ausführungen erscheinen mag.

Die Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben kann die Reproduktion des reproduktiven Sektors, d. h. die Grundvoraussetzung der gesellschaftlichen Reproduktion überhaupt, und somit die Reproduktion des kapitalistischen Gesamtsystems selbst stören oder gar gefährden. Mit der Zunahme dieses Anteils fällt *erstens* der Anteil der lebendigen Arbeit, die für die Produktion von reproduktiven Waren angewandt wird, an der gesellschaftlich insgesamt angewandten lebendigen Arbeit mit der Folge, daß ein steigender Prozentsatz der jährlich produzierten Produktionsmittelmenge abgezweigt werden muß für den Ersatz des verbrauchten Teils und die Aufstockung des Produktionsmittelbestandes im unreproduktiven Sektor.

Die Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben kann die Reproduktion des reproduktiven Sektors und somit auch die des Gesamtsystems beeinträchtigen, nämlich dann, wenn infolge dieser Zunahme und der ihr entsprechenden Ausdehnung des unreproduktiven Sektors die Mengen der lebendigen Arbeit und der Produktionsmittel, die in den reproduktiven Sektor eingesetzt werden können, kleiner sind als die Mengen, die für die erweiterte Reproduktion dieses Sektors auf dem von der Ausweitung des unreproduktiven Sektors erheischten Niveaus erforderlich ist.

Auch die Zunahme des Anteils der Staatsausgaben kann die Reproduktion des Gesamtsystems beeinträchtigen. Zum einen wenn und sofern die Zunahme dieses Anteils auch eine Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben impliziert. Zum anderen aber auch deswegen, weil eine Zunahme des Anteils der Staatsausgaben und die ihr entsprechende Ausdehnung des staatlichen Sektors selbst dann eine Einschränkung der Reproduktionsmöglichkeiten des kapitalistischen Sektors darstellen können, wenn sie keine Ausweitung des unreproduktiven Sektors implizieren. Denn auch dann, wenn die zusätzlichen Staatsausgaben der Herstellung allgemeiner Bedingungen der realen Reproduktion des Kapitals dienen, vermindert die Zunahme der Staatsausgaben, indem sie den Mehrwertteil, der den Einzelkapitalen verbleibt, verschmälert, den akkumulierten Teil des Mehrwerts, schränkt damit also die Reproduktion der Einzelkapitale ein und zerstört dadurch auch ihre eigene Grundvoraussetzung. Zunahmen der Staatsausgaben, die über ein bestimmtes Maß hinausgehen, können eine solche Störung der Reproduktion der Einzelkapitale bewirken, die die Voraussetzungen für die Reproduktion des staatlichen Sektors auf dem jeweils notwendigen Niveau zunichte macht.

Wie beeinflussen nun die Zunahme der unreproduktiven Ausgaben (23) und

23 Zwischen den verschiedenen Arten unreproduktiver Ausgaben bestehen zwar sehr wichtige, aus ihren unterschiedlichen Funktionen im Prozeß der Reproduktion des kapitalistischen Systems in seiner Totalität resultierende Unterschiede. So ist z. B. die Bedeutung

die der Staatsausgaben — vorausgesetzt, sie beeinträchtigen die Reproduktion des Kapitals nicht — die allgemeine Profitrate, wie Marx sie begreift, also die Profitrate „vor Steuerabzug“ (Bruttoprofitrate)?

Offenbar beeinflusst die Zunahme der Staatseinnahmen diese Profitrate nicht.

Nur die Zunahme der Staatsausgaben kann einen Einfluß auf die Bruttoprofitrate haben. Es ist zu vermuten, daß der Staat in dem Maße, wie er Ausgaben zur Schaffung bestimmter allgemeiner Bedingungen der Reproduktion der einzelnen Kapitale auf der Ebene des realen Produktionsprozesses tätigt, die Produktivität und somit die Bruttoprofitrate erhöht. Zudem erhöht er dabei die Bruttoprofitrate auch dadurch, daß der Teil der von ihm zur Schaffung der oben genannten Bedingungen eingesetzten Produktionsmittel nicht als Kapital erscheinen. Würden sie nämlich als Kapital existieren — was der Fall wäre, wenn die allgemeinen Bedingungen des realen Produktionsprozesses des gesellschaftlichen Kapitals nicht vom Staat, sondern von den Einzelkapitalen selbst geschaffen worden wären — so wäre dieses Kapital bei der Berechnung der Bruttoprofitrate als Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu berücksichtigen, wodurch die Profitrate, bei sonst gleichen Umständen, kleiner erscheinen würde (24).

Was die Zunahme der unreproduktiven Ausgaben betrifft, so hat sie — vorausgesetzt, sie beeinträchtigt die Kapitalproduktion nicht — im allgemeinen keinen Einfluß auf die Bruttoprofitrate. Da sie Reflex einer Ausdehnung des unreproduktiven Sektors ist, beeinflusst sie die Bruttoprofitrate dann, wenn die Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor nicht gleich der gesellschaftlich durchschnittlichen ist. Ist die Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor größer (kleiner) als die gesellschaftlich durchschnittliche und steigt der Anteil des variablen Kapitals des unreproduktiven Sektors am gesellschaftlichen variablen Kapital, so fällt (steigt) *ceteris paribus* die Bruttoprofitrate. Umgekehrt, steigt (fällt) die Bruttoprofitrate, wenn — *c. p.* — dieser Anteil fällt. Denn im ersten Fall steigt, im zweiten fällt — *c. p.* — die gesellschaftlich durchschnittliche Wertzusammensetzung, obwohl die Wertzusammensetzung des Kapitals in den einzelnen Sektoren *unverändert* bleibt (25).

Die Bruttoprofitrate kann sich infolge einer Zunahme der unreproduktiven Ausgaben auch dann ändern, wenn diese Zunahme und die ihr entsprechende Aus-

der Ausgaben für Luxusgüter für die Reproduktion des Systems offenbar eine andere als die der Militärausgaben. Diese Unterschiede sind aber im Hinblick auf den Einfluß der Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt auf die Profitrate irrelevant.

24 Auf diesen Sachverhalt hat den Verfasser Rainer Künzel aufmerksam gemacht.

25 Dies hängt damit zusammen, daß die gesellschaftlich durchschnittliche Wertzusammensetzung des Kapital nicht das arithmetische, sondern das gewogene Mittel der sektoralen Wertzusammensetzungen ist, wobei als Gewichte die Anteile der variablen Kapitale der einzelnen Sektoren am variablen Kapital aller Sektoren fungieren. Aus diesem Grund kann sich die gesellschaftlich durchschnittliche Wertzusammensetzung selbst bei unveränderten sektoralen Wertzusammensetzungen ändern, nämlich dann, wenn die Anteile des variablen Kapitals zweier oder mehrerer Sektoren am variablen Kapital aller Sektoren ändert, vorausgesetzt in mindestens einem dieser Sektoren ist die Wertzusammensetzung des Kapitals nicht gleich der durchschnittlichen.

dehnung des unreproduktiven Sektors eine Veränderung der Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor bewirken. Steigt (fällt) dabei diese Wertzusammensetzung, so führt dies – c. p. – zu einer Abnahme (Zunahme) der Bruttoprofitrate (26).

Gibt es keine Gründe für die Annahme, daß die Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor von der gesellschaftlich durchschnittlichen abweicht und/oder sich nicht in der gleichen Richtung und mit der gleichen Rate ändert wie diese, so ist abschließend festzustellen, daß die Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben und die ihr entsprechenden Ausdehnung des unreproduktiven Sektors, wenn sie die Reproduktion des Kapitals nicht stören, die Bruttoprofitrate kaum beeinflussen. Eher umgekehrt: Die Entwicklung der Bruttoprofitrate begrenzt das Ausmaß, in dem die unreproduktiven Ausgaben noch zunehmen können, ohne daß diese Zunahme zu einer Störung der Reproduktion des Kapitals führt. Das gleiche gilt auch für den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Bruttoprofitrate und der Zunahme der Staatsausgaben.

Die Erhöhung der unreproduktiven Ausgaben führt, sofern sie ein bestimmtes Maß übersteigt, zu einer Verminderung des Wachstums der Produktivität und daher auch des Wachstums der jährlich produzierten Gebrauchswerte. Dasselbe gilt auch für die Zunahme der Staatsausgaben, soweit sie durch eine Erhöhung der unreproduktiven Staatsausgaben bedingt ist. Zudem führt eine Erhöhung der unreproduktiven Staatsausgaben zu einer Verlangsamung des Wachstums des gesellschaftlichen Wertprodukts bzw., bei gegebener gesellschaftlich insgesamt angewandten Menge lebendiger Arbeit, zu einer Abnahme des gesellschaftlichen Wertprodukts selbst.

Nun zum Einfluß der Zunahme der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben auf die Profitrate „nach Steuerabzug“ (Nettoprofitrate).

Die Nettoprofitrate ist gleich dem mathematischen Produkt aus der Bruttoprofitrate und dem Verhältnis des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert. Mit Nettomehrwert ist die Differenz zwischen dem Gesamtmehrwert und den Staatsausgaben gemeint. Es sei hier daran erinnert, daß entsprechend unseren Annahmen

- 1) alle Steuern von den Kapitalisten abgeführt werden,
- 2) keine Ausgaben des Staates mit Krediten finanziert werden und
- 3) die Subventionen nicht in den Staatsausgaben enthalten sind.

Für die Tendenz der Nettoprofitrate im Verhältnis zur Tendenz der Bruttoprofitrate gilt daher folgendes:

Bleibt das Verhältnis des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert konstant, so ändern sich beide Profitraten mit der gleichen Rate. Steigt dieses Verhältnis, so steigt

26 Wir halten die – auch von marxistischen Autoren akzeptierte – neoricardianische Ansicht, wonach Änderungen der Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor zwar die relativen Produktionspreise, nicht aber auch die allgemeine Profitrate beeinflussen, für falsch. Allerdings ist sie nicht aus den Gründen falsch, welche Mandel (*Der Spätkapitalismus*, Frankfurt a. M. 1973, 2. Aufl., S. 267 ff.) und Schmiede/Yaffe (a.a.O., S. 61 ff.) anführen.

Vgl. dazu G. Stamatidis, *Über den Einfluß von Änderungen der Wertzusammensetzung des Kapitals im unreproduktiven Sektor (Nichtbasissektor) auf die allgemeine Profitrate*. Göttingen 1977, unveröffentlichtes Manuskript.

(fällt) die Nettoprofitrate prozentual mehr (weniger) als die Bruttoprofitrate. In diesem Fall kann die Nettoprofitrate selbst bei konstanter oder gar fallender Bruttoprofitrate steigen.

Fällt schließlich das Verhältnis des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert, so steigt (fällt) die Nettoprofitrate prozentual weniger (mehr) als die Bruttoprofitrate. In diesem Fall kann die Nettoprofitrate selbst bei konstanter oder gar steigender Bruttoprofitrate fallen.

Offenbar steigt (fällt) das Verhältnis des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert – *ceteris paribus* – bei nicht steigendem Anteil der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt weniger (mehr) als bei steigendem. Die Zunahme des Anteils der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt verstärkt daher eine fallende und hemmt eine steigende Tendenz der Nettoprofitrate. Ist sie entsprechend groß, so kann sie eine steigende Tendenz der Nettoprofitrate neutralisieren oder gar in eine fallende umkehren.

Wir gehen davon aus, daß der steigende Anteil der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt eine fallende Tendenz des Verhältnisses des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert zum Ausdruck bringt. Fällt dieses Verhältnis, so kann, wie oben gezeigt, bei *steigender* Bruttoprofitrate die Nettoprofitrate steigen (27), konstant bleiben oder fallen.

Fällt unter diesen Bedingungen die Nettoprofitrate (ob dies in Wirklichkeit der Fall ist oder nicht, kann nur eine empirische Untersuchung zeigen), so nicht etwa, weil die sog. „unproduktiven“, d. h. die unreproduktiven Ausgaben absolut oder auch relativ, im Vergleich zum gesellschaftlichen Wertprodukt, zunehmen, sondern weil der Anteil der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt steigt und damit auch das Verhältnis des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert abnimmt. Es ist dabei gleichgültig, ob die Zunahme des Anteils der Staatsausgaben auch eine Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben impliziert oder nicht, wenn diese letzte Zunahme, wie hier angenommen, die Reproduktion des reproduktiven Sektors auf dem – von der Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben geforderten – Niveau nicht beeinträchtigt.

Das Resultat unserer Betrachtung ist also folgendes:

Wenn die Produktivität schneller wächst als die technische Kapitalzusammensetzung und daher die (Brutto-) Profitrate steigt, kann die Nettoprofitrate selbst bei steigendem Anteil der unreproduktiven Ausgaben sowie der Staatsausgaben am gesellschaftlichen Wertprodukt, und daher bei fallendem Verhältnis des Nettomehrwerts zum Gesamtmehrwert, fallen, konstant bleiben oder steigen.

Mancher wäre vielleicht geneigt, daraus den Schluß zu ziehen, daß dies mit der Verkündung eines für den Kapitalismus krisenfreien, goldenen Zeitalters gleichbedeutend sei.

Indes ist diese Schlußfolgerung aus zwei Gründen nicht gerechtfertigt. Zum einen ist der Fall der Profitrate nicht die einzige und wohl auch nicht die wichtigste oder eine der wichtigsten Ursachen der kapitalistischen Krisen. Daher kann auch das

27 Sie steigt dann aber in kleinerem Maße als die Bruttoprofitrate.

Umschlagen der fallenden Tendenz der (Brutto-) Profitrate und selbst ein Umschlagen der fallenden Tendenz der Nettoprofitrate in eine steigende nicht bedeuten, daß der Kapitalismus nunmehr sich krisenfrei entwickeln kann. Denn selbst jene von Marx dargestellten Krisen, welche Folge einer fallenden Tendenz der Profitrate sind (28), werden infolge einer langfristig nicht mehr fallenden Brutto- oder gar Nettoprofitrate insofern nicht verschwinden, als eine langfristig steigende Profitratentendenz keineswegs besagt, daß die Profitrate kurz-, aber auch mittelfristig nicht fallen kann. Nur ist dieses immer wiederkehrende kurz- und mittelfristige Sinken der Profitrate nicht, wie früher die langfristig fallende Tendenz der Profitrate, nur Grund, sondern auch Folge von Krisen.

Zum anderen sind wir bisher davon ausgegangen, daß die durch die Steigerung der Produktivität und der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals ermöglichte Zunahme der Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt *erstens* den Erfordernissen der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf der Realisierungsebene sowie auf der gesellschaftlichen Ebene genügt und *zweitens* die Reproduktion des reproduktiven Sektors, d. h. die Reproduktion der Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses, nicht gefährdet, wir haben aber keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß diese Voraussetzungen nicht als erfüllt angesehen werden können. So wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt die Möglichkeit von Krisen, welche die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf allen seinen Existenzebenen betreffen, in sich birgt. Selbst eine langfristig steigende Tendenz der Profitrate kann also nicht als Ausdruck der Möglichkeit einer krisenfreien kapitalistischen Entwicklung interpretiert werden.

Die technologische Entwicklung ermöglicht zwar in dem Maße, wie sie die Produktivität der Arbeit und die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals erhöht, eine entsprechende Zunahme der Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt, die jeweils notwendige Zunahme dieser Anteile wird aber vor allem von den Erfordernissen der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf der Realisierungsebene sowie auf der politischen, administrativen, ideologischen etc. Ebene, also unabhängig von der jeweils – im Hinblick auf die Reproduktion des reproduktiven Sektors – zulässigen Zunahme bestimmt.

Dabei kann die tatsächlich realisierte Erhöhung dieser Anteile

- 1) kleiner als die für die Reproduktion des unreproduktiven Sektors und daher auch kleiner als die für die Reproduktion des Kapitals auf den entsprechenden Ebenen seiner Existenz erforderliche Erhöhung oder
- 2) größer als die im Hinblick auf die Reproduktion des reproduktiven Sektors und somit auch größer als die für die Reproduktion der Bedingungen des realen Produktionsprozesses des Kapitals zulässige Erhöhung ausfallen.

Schließlich ist auch der dritte Fall möglich, daß beides gleichzeitig eintritt.

In den beiden ersten Fällen bricht eine Reproduktionskrise aus, die zunächst, im ersten Fall, als Krise der Reproduktion des Kapitals auf der Realisierungs- und

28 Vgl. dazu K. Marx, Das Kapital, B. III (MEW, Bd. 25), S. 621 ff.

der Gesellschaftsebene, im zweiten Fall als Krise der Reproduktion des Kapitals auf der Ebene der unmittelbaren Produktion ihren Gang nimmt, um dann die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf allen seinen Existenzebenen zu erfassen (dritter Fall).

Der erste Fall tritt ein, wenn infolge der ständig wachsenden Schwierigkeiten der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf der Realisierungs- und der Gesellschaftsebene die gegebene Steigerung der Produktivität der Arbeit und der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals nicht ausreicht, um die Reproduktion des Kapitals auf diesen Existenzebenen zu sichern. Bei gegebener Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit und der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals ist dann die im Hinblick auf eine ungestörte Reproduktion des reproduktiven Sektors zulässige Erhöhung der Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt kleiner als die infolge der wachsenden Schwierigkeiten der Reproduktion des Kapitals auf der Realisierungs- und der Gesellschaftsebene erforderliche Erhöhung. Das kapitalistische System tritt dann in eine permanente Krise seiner Reproduktion auf der Realisierungs- und der Gesellschaftsebene ein, in die dann über kurz oder lang auch seine Reproduktion auf der Ebene der unmittelbaren Produktion hineingezogen wird.

Eine solche Krise setzt allerdings voraus, daß der Kapitalismus ab einer bestimmten Phase seiner Entwicklung nicht mehr in der Lage sein wird, die Produktivität und die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals in dem Maße zu steigern, das sowohl die zur Überwindung der ständig wachsenden Schwierigkeiten der Reproduktion des Kapitals auf der Realisierungs- und der Gesellschaftsebene erforderliche Erhöhung der Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt als auch die ihr entsprechende erweiterte Reproduktion des reproduktiven Sektors, der materiellen Basis der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Totalität, erlaubt.

Das kapitalistische System ist zwar heute noch in der Lage, die Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt zu erhöhen, ohne zunächst die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verschlechtern, d. h. ohne zunächst die Profitrate zu senken – was man, für sich betrachtet, als seine Stärke ansehen mag. Es ist aber sehr fraglich, ob es auch in der Zukunft in der Lage sein wird, die Produktivkraft der Arbeit und die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals langfristig in dem (für die Überwindung der wachsenden Reproduktionsschwierigkeiten auf der Realisierungs- und der Gesellschaftsebene und zugleich für die erweiterte Reproduktion des reproduktiven Sektors auf dem jeweils notwendigen Niveau) erforderlichen Maß zu steigern.

Aber selbst dann, wenn sich dieser Zweifel als unbegründet erweisen sollte, so ist doch nicht zu übersehen, daß das kapitalistische System aufgrund von Realisierungskrisen in kurzen, dafür aber ständig wiederkehrenden Perioden schon heute nicht imstande ist, die für die erweiterte Reproduktion des Gesamtsystems jeweils erforderliche Steigerung der gesellschaftlichen Produktion zu sichern, so daß anstelle der permanenten Reproduktionskrise die Permanenz von wiederkehrenden Reproduktionskrisen tritt. Für die Reproduktion des kapitalistischen System ist die Steigerung der *Produktion* und der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals relevant.

In diesem Zusammenhang ist die Steigerung der Produktivität nur bei gegebener Entwicklung der Menge der angewandten lebendigen Arbeit maßgebend, d. h. nur sofern sie als Indikator der Steigerungen der *Produktion* fungiert. Im Laufe einer Realisierungskrise fällt aber die Menge der angewandten lebendigen Arbeit und mit ihr partiell auch die Produktion sowie die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals, so daß die gleichzeitig etwa verstärkt wachsende Produktivität, im Gesamtzusammenhang betrachtet, keine Verbesserung der Reproduktionsbedingungen des Systems zur Folge hat.

Um existieren zu können, muß der Kapitalismus die Produktivkraft der Arbeit und die Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals in einem für die Reproduktion des Gesamtsystems hinreichenden Maße steigern. Dafür genügt aber nicht die Möglichkeit einer entsprechenden Steigerung dieser Größen, auch wenn sie, produktionstechnisch betrachtet, zu jedem Zeitpunkt möglich sein mag und langfristig, d. h. im Durchschnitt über mehrere Perioden, realisiert wird. Diese Möglichkeit muß vielmehr ständig, mindestens jedoch in jeder mittleren Periode realisiert werden. Denn jede relativ länger dauernde Realisierungskrise oder Verlangsamung im Tempo der Steigerung der Produktivität und der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals kann eine Reproduktionskrise auslösen. Jede Zunahme des Anteils der unreproduktiven Ausgaben sowie der Staatsausgaben am Wertprodukt erfordert eine bestimmte Steigerung der Produktivität und/oder der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals. Ist diese Steigerung über einige Perioden hinweg nicht erreicht worden, etwa weil infolge einer Realisierungskrise oder einer früheren unverhältnismäßigen Zunahme der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben die Reproduktion der Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses auf dem erforderlichen Niveau unmöglich war, so tritt das kapitalistische System in eine Krise der Reproduktion seiner Existenzbedingungen ein.

Entsprechendes gilt, wenn infolge der ständig wachsenden Schwierigkeiten der Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf der Realisierungs- und der Gesellschaftsebene von Zeit zu Zeit eine in bezug auf die Reproduktion des reproduktiven Sektors zu große Zunahme der Anteile der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben am Wertprodukt eintritt. In diesem Fall fällt das Niveau der erweiterten Reproduktion des reproduktiven Sektors und somit auch die Reproduktion der Bedingungen des unmittelbaren Produktionsprozesses, so daß die Entwicklung der Produktivität und in noch größerem Maße die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals negativ affiziert werden (29).

Infolgedessen können dann auch die für die Reproduktion des kapitalistischen Gesamtsystems notwendigen unreproduktiven und öffentlichen Ausgaben nicht im ausreichenden Maße getätigt werden, so daß die Krise die Reproduktion des Gesamtsystems erfaßt. In ihrem Verlauf fällt schließlich auch die Profitrate.

29 Letzteres, die Verschlechterung der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals, drückt sich aus in einer Abnahme der sog. Kapitalproduktivität.

III

Die Resultate der obigen Analyse sind folgende:

Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses in seiner Totalität erfordert eine ständige Erhöhung der unreproduktiven Ausgaben und der Staatsausgaben. Daß die Erhöhung dieser Ausgaben auch realisiert wird – dies wird durch eine ständige Steigerung der Produktivität der Arbeit und, wenngleich in einem viel kleineren Maße und nur langfristig, durch eine Verbesserung der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals ermöglicht.

Die von Baran/Sweezy im „Monopolkapital“ entwickelte These, wonach die Zunahme der sog. „unproduktiven“ Ausgaben den Zweck haben, Investitionsmöglichkeiten für anlagensuchende Kapitale zu schaffen, die im sog. „unproduktiven“ Bereich keine solchen Möglichkeiten mehr finden können, ist falsch; ebenso die Ansicht Mandels, daß die unreproduktiven Staatsausgaben und die speziell die Rüstungsausgaben die Funktion haben, brachliegende Surpluskapitale zu beschäftigen (30).

Langfristig wird nichts produziert, was nicht nachgefragt wird, und nichts nachgefragt, was nicht irgendein reales gesellschaftliches Bedürfnis befriedigt. Das gilt auch für die unreproduktiven Gebrauchswerte sowie für die Gebrauchswerte, welche vom Staat nachgefragt werden. Sie mögen, von mancher erhabenen Sicht aus betrachtet, „sinnlos“ erscheinen, sie werden aber dennoch nachgefragt und produziert, und zwar nicht weil dadurch Anlagemöglichkeiten für bestimmte Kapitale geschaffen werden (wodurch sie dann ihren „Sinn“ bekämpfen), sondern vielmehr weil sie bestimmten gesellschaftlichen Bedürfnissen, d. h. konkret: bestimmten Erfordernissen der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft entsprechen, worin denn auch ihr „Sinn“ liegt.

In den oben zitierten Ansichten wird unterstellt, ein guter Geist fragt Gebrauchswerte nach, nicht weil er damit bestimmte Bedürfnisse befriedigen will, sondern weil er bestimmten Kapitalen bei ihrer Suche nach Anlagemöglichkeiten behilflich sein möchte. Man stelle sich einen Kapitalisten vor, der mit seinem Kapital, das er nicht „produktiv“ anlegen kann, Arbeiter beschäftigt, die Weihnachtsschmuck für die Werkkantine oder Pyramiden für die Nachwelt produzierten, und der darauf stolz ist, damit eine Anlage für sein Kapital gefunden zu haben, oder auch Kapitalisten und einen kapitalistischen Staat vor, die „Weihnachtsschmuck“ und „Pyramiden“ nachfragen und somit die Produktion dieser Gebrauchswerte durch andere Kapitalisten veranlassen, weil sie damit nicht etwa eigene Bedürfnisse befriedigen, sondern bestimmten Kapitalisten helfen wollen, ihre Kapitale anzulegen. Was hierbei übersehen wird ist, daß die unreproduktiven und die vom Staat nachgefragten Gebrauchswerte schon für sich sehr wichtige gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigen, und zwar unabhängig davon, ob und in welchem Maße den unreproduktiven und den Staatsausgaben auch andere Funktionen zukommen oder nicht. Und weil sie dies übersehen, können Baran/Sweezy und Mandel nicht erklären, warum nicht irgendwelche, sondern ganz bestimmte unreproduktive Gebrauchswerte nachgefragt und produziert werden, und auch nicht, warum der Staat selbst in Zeiten bitterer „Finanznot“, in denen er von anderen Sor-

30 Vgl. E. Mandel, a.a.O., S. 273 ff.

gen als die um die anlagesuchenden Kapitale geplagt wird, unreproduktive Ausgaben tätig. Schließlich können sie, da sie die Zusammenhänge zwischen der Reproduktion des unreproduktiven und der des reproduktiven Sektors nicht berücksichtigen, nicht erklären, welche Verkettung glücklicher Umstände dem kapitalistischen System selbst in schlechten Zeiten erlaubt, Produktionsmittel und Arbeitskräfte für den unreproduktiven und den staatlichen Sektor abzuzweigen.

Aus ähnlichen Gründen, weil sie nämlich die Zusammenhänge zwischen dem reproduktiven und dem unreproduktiven Sektor ebenso wie die zwischen dem privaten (kapitalistischen) und dem staatlichen Sektor außer acht lassen, kommen auch die Keynesianer zu bornierten Vorstellungen über die Funktionen der Staatsausgaben.

Die Borniertheit der Vorstellungen der keynesianischen Ökonomen über die Funktionen der Staatsausgaben besteht darin, daß sie davon ausgehen, der Staat könne – auch in der Krise – ohne Rücksicht auf die jeweiligen Erfordernisse der Produktion des Kapitals nehmen zu müssen, sich zusätzliche Teile des gegenwärtigen oder des zukünftigen gesellschaftlichen Wertprodukts aneignen und damit Ausgaben finanzieren, die, einerlei wofür sie getätigt werden, d. h. einerlei in welche Produktionsbereiche durch sie Ressourcen, Produktionsmittel und Arbeitskräfte umgelenkt werden, die Gesamtnachfrage erhöhen, ohne die Reproduktion des Kapitals zu stören.

Diese Vorstellungen implizieren unter anderem folgendes:

Erstens daß die Möglichkeit des Staates, zusätzliche Ausgaben zu tätigen, stets gegeben und insbesondere von der Reproduktion des Kapitals unabhängig ist. Demnach sind für die Keynesianer die Staatsausgaben im gleichen Maße eine „exogene Variable“ wie für die Monetaristen die Geldmenge.

Zweitens daß der Staat seine Ausgaben unter Absehung von den sonstigen Funktionen, die diese Ausgaben haben, zur Stabilisierung der Nachfrage einsetzt. Das bedeutet, daß die Staatsausgaben, wenn nicht ausschließlich, so doch primär fiskalpolitische Funktionen haben.

Und *drittens*, daß die zusätzlichen Staatsausgaben, gleichgültig wofür sie getätigt werden, die Nachfrage und das Volkseinkommen, in keiner Weise jedoch die Reproduktion des Kapitals affizieren.

Indes demonstriert die gegenwärtig – mitten in der Krise – angestrebte quantitative und qualitative Konsolidierung der Staatsfinanzen (31) eindrucksvoll, daß der Möglichkeit des Staates, zusätzliche Ausgaben zu tätigen, durch die Erfordernisse der Reproduktion des Kapitals konkrete Grenzen gesetzt sind, so daß er mitten in der Krise gezwungen ist, neben einer Umstrukturierung seiner Ausgaben auch Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen vorzunehmen.

Dies besagt aber auch einiges über die Ansicht, daß die Staatsausgaben primär fiskalpolitische Funktionen haben. Zwar versucht der Staat eine konjunkturgerechte Terminierung seiner Ausgaben zu erreichen. Das heißt aber nicht, daß die Staatsausgaben ausschließlich oder auch nur vornehmlich die Funktion einer Stabilisierung der Nachfrageentwicklung haben. Uns ist keine Kaserne und auch keine Schule bekannt, die nur aus konjunkturpolitischen Gründen gebaut wurde, dafür viele Schulen, die in der Hochkonjunktur angeblich aus konjunkturpolitischen Gründen nicht ge-

31 Vgl. Jahresgutachten 1976/77 des SVR, S. 95 ff. und 139 ff.

baut wurden, obwohl das dafür erforderliche Geld vorhanden war, und viele Kasernen, die in der Rezession nicht gebaut wurden, obwohl ihr Bau auch aus konjunkturpolitischen Gründen ratsam wäre, weil das nötige Geld fehlte. Staatsausgaben haben andere als konjunkturpolitische Funktionen. Nur die *Verteilung* eines sehr kleinen Teils der Staatsausgaben auf die Zeit (nicht dieser Teil der Ausgaben selbst) kann – außer den sonstigen – auch konjunkturelle Wirkungen haben. Denn selbst bei einer konjunkturpolitisch bedingten Ausgabenerhöhung (nur Erhöhungen bzw. Senkungen der Staatsausgaben beeinflussen, wenn überhaupt, die Nachfrage und das Volkseinkommen) ist es dem Staat wohl nicht gleichgültig, wofür er das zusätzliche Geld ausgibt. Es ist also gar nicht so selbstverständlich, daß er es zur Stärkung der Kaufkraft der Massen ausgeben würde, weil dies die Nachfrage ebenso erhöht, wie z. B. eine Investitionsprämie oder -zulage, wie bestimmte wohlgemeinte Vorschläge zur Überwindung der gegenwärtigen Krise uns glauben machen wollen; und auch nicht, daß er damit eine Pyramide ebensogut wie einen Industriepark bauen könnte, weil beides eine gleich große Nachfragesteigerung zur Folge hat. Schließlich wird es nur bei Berücksichtigung der sonstigen, nicht konjunkturpolitischen Funktionen der Staatsausgaben verständlich, warum viele Kasernen trotz Hochkonjunktur gebaut und ebensoviele Schulen trotz Rezession nicht gebaut werden.

Wir hoffen, in diesem Beitrag deutlich gemacht zu haben, daß die Staatsausgaben vor allem die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf allen Ebenen seiner Existenz affizieren.

Seit einiger Zeit zeigt sich an bestimmten wirtschaftspolitischen Vorschlägen und Maßnahmen, daß die staatliche Wirtschaftspolitik eine vage Ahnung – von einer Erkenntnis kann man hierbei wohl kaum sprechen – von diesen Funktionen der Staatsausgaben haben muß. So ist die gegenwärtig betriebene Konsolidierung der Staatsfinanzen nur unter diesem Aspekt verständlich (32). Auch das letzte Infrastrukturprogramm der Bundesregierung trägt durch die Struktur der darin vorgesehenen Ausgaben eher den Erfordernissen des Reproduktionsprozesses des Kapitals in der konkreten Situation Rechnung denn der Notwendigkeit einer Anhebung der Nachfrage. Auch einige Ansichten der *Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel* über bestimmte Funktionen der Staatsausgaben dürften auf der Ahnung bestimmter wichtiger Zusammenhänge zwischen dem reproduktiven und dem unreproduktiven sowie zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor und deren Bedeutung für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses in seiner Totalität beruhen (33).

Die Ansicht, daß die im unreproduktiven Sektor angewandte Arbeit für die in diesem Sektor angelegten Einzelkapitale produktive, d. h. mehrwertproduzierende, für das gesellschaftliche Gesamtkapital jedoch unproduktive, d. h. keine mehrwertproduzierende Arbeit sei, weil Mehrwert und Kapital des unreproduktiven Sektors nur auf Kosten des im reproduktiven Sektor produzierten Mehrwerts realisiert werden können, (34) ist falsch und naiv. Ebenso die Ansicht, wonach die Produktion

32 Gleichwohl wird damit auch eine Einkommensverteilung zugunsten der Kapitalisten angestrebt. Man denke z. B. an das Haushaltsstrukturgesetz vom Jahre 1974.

33 Vgl. dazu H. Kohn und F. Latzelsberger, a.a.O., S. 13 ff.

34 Vgl. Mario Cogoy, a.a.O., S. 155

unreproduktiver Gebrauchswerte „in Wirklichkeit, kapitalistisch gesehen, unproduktiv ist, weil der (in der unreproduktiven Abteilung – G. S.) produzierte Mehrwert einen Teil der Kapitalakkumulation in den anderen (den reproduktiven – G. S.) Abteilungen zerstört“. (35)

Diese Ansichten sind deswegen falsch, weil sie letztlich unterstellen, daß die vom Kapital des unreproduktiven Sektors angewandte Arbeit keinen Mehrwert schafft und daß der von diesem Kapital realisierte Mehrwert der in den reproduktiven Sektoren abgepreßten Mehrarbeit, d. h. dem in diesen letzten Sektoren produzierten Mehrwert, entstammt.

Indes wird in den unreproduktiven Sektoren sehr wohl Mehrwert produziert, denn, ob bestimmte Arbeit Mehrwert schafft oder nicht, dies ist unabhängig von der Art der Gebrauchswerte (reproduktive oder unreproduktive Gebrauchswerte), in denen sich diese Arbeit vergegenständlicht.

Im Gegensatz zu dem in den reproduktiven Sektoren produzierten Mehrwert existiert der in den unreproduktiven Sektoren geschaffene Mehrwert in Gebrauchswerten, die nicht der Reproduktion der Bedingungen des realen Produktionsprozesses des Kapitals dienen. Denn diese Gebrauchswerte sind weder Lohnwaren noch Produktionsmittel. Daher können sie, obwohl ihr Wert Teil des Gesamtmehrwerts ist, nicht als Kapital fungieren. Sie können weder als variables, noch als konstantes Kapital akkumuliert werden. Wird also ein Teil des Gesamtmehrwerts in der Form von unreproduktiven Gebrauchswerten produziert, so besagt es, daß dieser Mehrwertteil nicht der Kapitalakkumulation dienen kann. Der maximal akkumulierbare Mehrwert ist dann gleich dem um den Produktenwert des unreproduktiven Sektors verminderten Gesamtmehrwerts. Noch kleiner ist natürlich der in den reproduktiven Sektoren maximal akkumulierbare Mehrwert. Die Feststellung, daß der Anteil des akkumulierten Mehrwerts am Gesamtmehrwert beim Existieren eines unreproduktiven Sektors kleiner ist als beim Nichtexistieren eines solchen Sektors, ist jedoch eine Tautologie, die insbesondere nicht besagt, daß der in der unreproduktiven Abteilung „produzierte Mehrwert einen Teil der Kapitalakkumulation in den anderen (reproduktiven – G. S.) Abteilungen zerstört“. Was hierbei – für kapitalistische Ohren furchterregend – als Zerstörung eines Teils der Kapitalakkumulation in den reproduktiven Abteilungen bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit Produktion von lauter Annehmlichkeiten, von Gebrauchswert für den Kapitalistenkonsum und von solchen Gebrauchswerten, die für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf bestimmten Ebenen seiner Existenz ebenso notwendig sind wie die Produktionsmittel und die Lohnwaren für seine Reproduktion auf der Ebene des realen Produktionsprozesses. Die obige tautologische Feststellung besagt ferner nicht, daß die im unreproduktiven Sektor angewandte Arbeit keinen Mehrwert schaffe, weil sie nur für das sie anwendende Einzelkapital, jedoch nicht auch für das gesellschaftliche Gesamtkapital produktiv sei.

Diese Auffassung der produktiven Arbeit impliziert eine Bestimmung des Mehrwerts, die auch anhand der Bestimmtheit *reproduktiver oder unreproduktiver Gebrauchswerte zu sein* erfolgt, einer Bestimmtheit also, die nur Gebrauchswerten und

daher zwar dem Mehrprodukt (der Gebrauchswertmenge, aus der der Mehrwert stofflich besteht), aber nicht dem Mehrwert selbst zukommt. Infolgedessen wird der Mehrwert quantitativ als die Menge der Mehrarbeit bestimmt, welche sich in *reproduktiven* Gebrauchswerten vergegenständlicht hat. Demnach wäre der Gesamtmehrwert *bei einfacher Reproduktion* stets gleich Null – und dies einerlei, wie groß dabei der Teil des gesellschaftlichen Wertprodukts ist, den sich die Kapitalisten aneignen. Mag dieser Teil auch extrem groß sein: wird er nicht akkumuliert, sondern konsumiert, so sei er kein Mehrwert; er werde dies nur, wenn und sofern er akkumuliert wird, selbst wenn er zum Zwecke der Erweiterung des unreproduktiven Sektors akkumuliert wird.

Die Ansicht, wonach die im unreproduktiven Sektor angewandte Arbeit zwar für das sie anwendende Einzelkapital produktiv, für das gesellschaftliche Gesamtkapital aber unproduktiv sei, was dann „in Wirklichkeit, kapitalistisch gesehen“, auch für die Produktion unreproduktiver Gebrauchswerte gelte, ist auch aus einem weiteren Grund falsch – und zugleich naiv.

Die Marxschen Begriffe der produktiven und unreproduktiven Arbeit geben die bornierte Sicht des Einzelkapitals wieder, für das nur die Arbeit produktiv ist, die Mehrwert schafft, und zwar unabhängig davon, ob und in welchem Maße sie sich in Gebrauchswerten vergegenständlicht, die der Reproduktion der Bedingungen des realen Produktionsprozesses auf dem für die Produktion auch seines eigenen Mehrwerts notwendigen Niveau dienen.

Da das gesellschaftliche Gesamtkapital nicht als ein Gesamtkapitalist existiert, ist die in der oben zitierten Ansicht vorausgesetzte gesamtkapitalistische Sicht, aus welcher betrachtet, nur die Arbeit produktiv wäre, die nicht nur Mehrwert, sondern auch die Voraussetzungen des realen Produktionsprozesses schafft, in dem dieser Mehrwert produziert wird, – ist also diese gesamtkapitalistische Sicht eine idealistische Vorstellung. Sie existiert in den Köpfen derjenigen marxistischen Ökonomen, die, indem sie den Kapitalismus an der – ihm fehlenden – abstrakten „Vernunft“ einer hypostasierten gesamtgesellschaftlichen (gesamtkapitalistischen) Sicht messen, Kapitalismuskritik zu betreiben meinen, nicht aber auch in der kapitalistischen Wirklichkeit.

In einem Vortrag, den er vor einigen Jahren in Paris hielt, wunderte sich Henry Ford darüber, daß man sich über den Umweltschutz ärgere, eröffne dieser doch den Unternehmern gute Betätigungs- und Gewinnmöglichkeiten. Die Kapitalisten selbst sehen es also doch anders: nicht aus der erhabenen Sicht des „Gesamtkapitals“, sondern aus der bornierten Sicht des Einzelkapitals.

Sicherlich steht das, was die Kapitalisten und der Staat (unreproduktiv) konsumieren, nicht der Kapitalakkumulation zur Verfügung. Die Kapitalisten würden sich aber höflich bedanken für den Hinweis, ihre Produktion wäre „in Wirklichkeit, kapitalistisch gesehen“, nur dann produktiv, wenn sie selbst gar nichts konsumierten und wenn der Staat gar keine unreproduktive – für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf bestimmten Ebenen seiner Existenz jedoch absolut notwendige – Ausgaben tätigte.

Ähnliches gilt auch für die Ansicht, daß „die Entwicklung einer dritten (unre-

produktiver. – G. S.) Abteilung . . . der eines nichtkapitalistischen Elements innerhalb der Struktur des Gesamtkapitals gleich (kommt)“ (36) und daß durch die Entwicklung dieser unreproduktiven Abteilung „die Produktion . . . teilweise auf(hört), Produktion für den Wert zu sein und wird Produktion für die Konsumtion“ (37), was „aber im Widerspruch zum Begriff des Kapitals (steht)“. (38)

Wie kapitalistisch die unreproduktive Produktion ist, braucht wohl nicht erneut betont zu werden. Ansonsten mutet das oben Zitierte eher wie eine zutreffende Wiedergabe der *Ideologie* des Kapitals über die unreproduktiven Ausgaben während der frühen Zeit seines Kampfs gegen den Grundbesitz an denn wie eine marxistische Einschätzung der Bedeutung, die der Produktion unreproduktive Gebrauchswerte im heutigen Kapitalismus zukommt. Denn nur in der Zeit dieses Kampfes stand die Produktion für den Konsum (die Produktion für den Konsum der Kapitalisten selbst, da die Akkumulation, zu deren Lasten dieser Konsum ging, die mächtigste Waffe der Kapitalistenklasse in ihrem Kampf gegen die überkommene Produktionsweise des Feudalismus war, ebenso wie die Produktion für den Konsum der unproduktiven Klasse der Grundbesitzer) im Widerspruch zur Produktionsweise des Kapitals. Daß die Produktion für den (Kapitalisten-) Konsum im Widerspruch zum Begriff des Kapitals steht – dies indes wird heute nur noch von den Kapitalisten indirekt behauptet, wenn es sich um die Frage nach dem Einfluß von Einkommens- und Nachfrageerhöhungen auf das Preisniveau handelt. Dann konsumieren, der Argumentation der Kapitalisten zufolge, nur noch die Arbeiter, weswegen auch Lohnsteigerungen unausweichlich zu Preiserhöhungen führen müssen; die Kapitalisten jedoch investieren nur, wie ihre protestantisch gesinnten Urväter dereinst.

Wir sahen, welche Wirkungen die Zunahme der unreproduktiven Ausgaben und die Ausdehnung des unreproduktiven Sektors auf die Bruttoprofitrate haben.

Sie erhöhen keineswegs die Bruttoprofitrate, indem sie – wie Kidron (39) in bezug auf die Rüstungsausgaben und Altvater/Huisken (40) in bezug auf die Ausgaben zur Herrschaftssicherung behaupten – den für die Akkumulation zur Verfügung stehenden Mehrwertteil vermindern und somit die Steigerung der Wertzusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals reduzieren. Wäre es dem so, dann bräuchten die Kapitalisten, um ihre Bruttoprofitrate zu steigern, nur noch von Jahr zu Jahr einen immer größer werdenden Teil ihres Mehrwerts zu konsumieren, also einen immer kleiner werdenden Teil zu akkumulieren.

Diese Autoren übersehen bei ihrer Argumentation folgendes:

36 Ebenda, S. 157

37 Ebenda, S. 159

38 Ebenda, S. 159

39 Michael Kidron, *Capitalism: The Latest Stage*, in: W. Harris/J. Palmer (Hrsg.), *World Crisis*, London 1971, S. 211

Vgl. dazu die Kritik von R. Schmiede /D. Yaffe, a.a.O., S. 61 f.

40 E. Altvater und F. Huisken, *Die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit im Rahmen der Reproduktionsbedingungen des Kapitals*, in: Dieselben (Hrsg.), *Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors*, Erlangen 1971, S. 233 - 235 sowie dieselben, *Produktive und unproduktive Arbeit als Kampfbegriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals*, in: *Sozialistische Politik*, Nr. 8 (Sept. 1970), S. 78 f.

Eine schlechtere Ausstattung der Arbeiter mit Produktionsmitteln – denn das bedeutet ja die reduzierte Steigerung der Wertzusammensetzung des Kapitals, von der sie sprechen – würde auch die Produktivität der Arbeit langsamer steigen und somit die Brutto- sowie – c. p. – die Nettoprofitrate langsamer wachsen bzw. schneller sinken lassen als bisher.

Auch senkt die Zunahme der unreproduktiven Ausgaben die Profitrate nicht, indem sie – wie Altwater/Huisken (41) an anderer Stelle behaupten – das eingesetzte Kapital erhöht oder – wie Gillman (42) und Cogoy (43) glauben – das eingesetzte Kapital erhöht und zugleich den Mehrwert senkt.

Denn *erstens* erhöht, sofern sie nicht nur durch eine Produktivitätssteigerung oder eine Verbesserung der Ökonomie in der Anwendung des konstanten Kapitals bedingt ist, nicht nur die Ausweitung der Produktion von unreproduktiven Gebrauchswerten, sondern jede Ausweitung der Produktion das gesellschaftliche Gesamtkapital, und *zweitens* senkt die Ausweitung der Produktion von unreproduktiven Gebrauchswerten den Mehrwert nicht, sondern erhöht ihn in der gleichen Weise wie jede Ausweitung der Produktion, bei der unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zusätzliche Arbeitskraft angewandt wird. Wie die Steigerung der Produktion unreproduktiver Gebrauchswerte und die Ausweitung des unreproduktiven Sektors die Profitrate beeinflusst, hängt von den Produktionsbedingungen des unreproduktiven Sektors (von der Höhe und Entwicklung der Wertzusammensetzung des Kapitals in diesem Sektor im Vergleich zur Höhe und Entwicklung der gesellschaftlich durchschnittlichen Wertzusammensetzung) sowie davon ab, ob die Ausdehnung des unreproduktiven Sektors die Reproduktion des Kapitals auf der Ebene des realen Produktionsprozesses beeinträchtigt oder nicht.

Daher führt selbst eine starke Zunahme der unreproduktiven Ausgaben nicht unbedingt zur Stagnation und zu einem tatsächlichen Fall der Profitrate, wie Schmiede/Yaffe (44) meinen. Denn dies ist dann der Fall, wenn sie die Reproduktion des reproduktiven Sektors und somit die Reproduktion der Bedingungen des realen Produktionsprozesses des Kapitals stört.

-
- 41 E. Altwater und F. Huisken, Die produktive und unproduktive Arbeit . . . , a.a.O., S. 75 f.
42 J. M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, Frankfurt a. M. 1969, S. 103 ff.
43 M. Cogoy, a.a.O., Fußnote 53 auf S. 156 - 158
44 R. Schmiede/D. Yaffe, a.a.O., S. 50